

Nachvollkommenheit von Vermittlern zuerkennen könne. Die Entente dürfe sich nicht zu den Friedensverhandlungen locken lassen. Zuerst müßten unmittelbare Vorschläge an die kämpfenden Nationen erfolgen, denn den Allierten könnte vermög der strafferen deutschen Organisation eine Unterbrechung des Krieges zum Nachteil gereichen, wenn dadurch auch nur ein Mitglied der Allianz bankrott werde.

„Giornale d'Italia“ sagt: Die deutschen Friedensvorschläge bedeuten zwar einen bemerkenswerten Schritt vorwärts, verbürgen aber noch nicht einen gerechten und dauernden Frieden, den Anfang einer neuen Epoche für Europa und die zivilisierte Welt.

Orlando über Vrest-Bitowsk.

Bern, 1. Januar. Nach einer Meldung der Agenzia Stefani ergreift in der heutigen Senatsitzung Ministerpräsident Orlando das Wort. Er betonte zunächst, wie wichtig der innere Widerstand für Italien sei. Alles, was darauf gerichtet sei, ihn zu schwächen, sei im gegenwärtigen Augenblick Verbot und sei als feindliche Handlung zu bezeichnen, denn die Existenz Italiens beruhe dabei auf dem Spiele. Was die äußere Politik anbetreffe, so habe er die Verantwortung dafür nur unter der Bedingung übernommen, daß Sonnino sein Mitarbeiter werde. Der Partikularismus oder genauer ausgedrückt, der Mangel an Koordination sei Schuld an der Verlängerung des Krieges, denn die Völker der Entente seien nicht wie ihre Feinde von einem einheitlichen Willen beherrscht. Aber die Konferenz von Paris habe darin Mangel geschaffen und darüber hinaus die Zusammenkunft von Rapallo, als deren Ergebnis die italienische Armee den rechten Flügel der einheitlichen Armee der Allierten bilde. Italien werde seinen Verpflichtungen auch weiterhin treu bleiben, den Einheitswillen bilden helfen und, um dem Siege entgegenzugehen, zu einer Koordination aller Hilfsmittel der Allierten beitragen.

In den Verhandlungen in Vrest-Bitowsk sagte Orlando: Ich glaube, daß der Augenblick gekommen ist, das Manöver unschädlich zu machen, durch das die Mittelmächte die geistige Kampfkraft ihrer Völker zu kräftigen und diejenige ihrer Gegner zu schwächen und zu verderben suchen, indem sie sich als Verteidiger des Friedens gebärden und glauben machen wollen, daß es die Faltung der Entente sei, die einen Friedensschluß verhindert. (Beifall.)

Die Entente will den Frieden. Nur die Entente wünscht ihn. Denn sie will ihn in der einzig möglichen Gestalt, nämlich als einen gerechten, ehrenvollen und dauerhaften Frieden auf Grund von Maren und aufrichtigen Abmachungen. Die Mittelmächte schlagen einen seitlichen Weg ein, um von der Entente ein Eingreifen in ihre Beziehungen zu einer Regierung zu fordern, die von der Entente nicht anerkannt ist; denn einstweilen ist die tatsächliche Regierung Italiens die Verfassungsgebende Versammlung. Im übrigen erkennen große Teile Rußlands die gegenwärtige Regierung nicht an.

Was den Inhalt der Friedensvorschläge betrifft, so hat der Vorkonferenzbericht der Volksämter sagen zu können geglaubt, daß erstens die Wiederherstellung der Staaten, die im Kriege ihre Unabhängigkeit eingebüßt hätten, und zweitens die Aufgabe der besetzten Gebiete und der Verzicht auf Gebietsaneignung anerkannt worden seien. Wir werden sehen, daß das ein Irrtum ist.

Henderson über Friedenspolitik der englischen Arbeiterschaft.

Bern, 1. Januar. Auf der am 23. Dezember in London abgehaltenen Konferenz der britischen Arbeiterorganisationen, der über 800 Abgeordnete beizuhören, die 3½ Millionen Arbeiter vertreten, wurde zunächst das von Keiter mitgeteilte Schreiben des Premierministers verlesen. Danach verlas Henderson eine lange Ansprache, in der er der sozialistischen Kundgebung vom 14. Februar gedachte, die es ablehnt, zuzulassen, daß dieser Verteidigungskrieg zu einem Eroberungskriege werde, und dann auf die in der zu erörternden Kriegsfundgebung niedergelegten Friedenspolitik der britischen Arbeiterschaft im einzelnen einging. Der Krieg müsse jetzt als Kampf zwischen dem alten und dem neuen Regierungssystem Deutschlands angesehen werden. Keine Verhandlung könne befriedigend sein, die nicht der Welt eine vollständige Diskreditierung des angriffsulustigen Militarismus bringe und an seine Stelle eine höhere Auffassung von nationaler und internationaler Verantwortlichkeit setze. Geheimdiplomatie, Militärdienstpflicht, Profitmacherei aus der Herstellung von Instrumenten der Zerstörung sollten in der Gesellschaft freier Nationen unmöglich sein. Die unumgängliche Vorbedingung des Planes einer Völkerliga sei die Ablehnung jeder Form eines wirtschaftlichen Wohlstands gegen Deutschland nach dem Kriege. Man sei berechtigt zu fragen, ob die Regierung alles, was in ihrer Macht liege, tue, um die Feindseligkeiten abzukürzen.

Der Redner wies sodann auf die Behauptung Cursons in seiner Rede in Portsmouth hin, daß Oesterreich-Ungarn und die Türkei bereit seien, Frieden zu schließen, und fragte, warum die Regierung nicht in Verhandlungen mit ihnen, besonders mit der Türkei getreten sei, wie jetzt Deutschland mit Rußland. Statt dessen habe sie die Einnahme Jerusalems betrieben. Obwohl nach der Erklärung Cursons die Türkei Frieden zu schließen wünsche, behauptete England seine Forderungen in diesem Lande aus. Es könne nicht Wunder nehmen, daß man England in neutralen Ländern, in Rußland und selbst in Amerika imperialistischer und annexionsistischer Ziele verdächtige. Wenn die Arbeiter weitere Opfer bringen sollten, müßten sie bestimmte Zusicherungen erhalten, daß solche Opfer zur Herbeiführung eines ehrenhaften und gerechten Friedens notwendig seien. Die Arbeiterschaft besteht darauf, daß Deutschland anerkenne, daß es ein unbedingtes Mindestmaß gebe, das es annehmen müsse. Andererseits dürfen die Allierten keinerlei Zweifel darüber lassen, daß der Kampf lediglich um Grundfälle und Ideale, nicht um Eroberungen fortzudauern. Die Arbeiterschaft verlange Gelegenheiten fortzusetzen, inwiefern Deutschland bereit sei, ihr Friedensprogramm anzunehmen.

Deutsch-türkisches Finanzabkommen.

Budapest, 2. Januar. Der türkische Finanzminister Dschavid Bey erklärte dem Wiener Berichterstatter des „N. Z. Bl.“ bei seinem Aufenthalt in Wien, daß er nach Berlin reisen werde, um mit Vertretern dortiger Banken über die Aufnahme eines neuen Anleihe zu verhandeln. Der letzte Finanzvertrag der Türkei mit Deutschland läuft Ende Februar ab. Die Türkei beabsichtigt nun, einen neuen Vertrag zur Deckung ihrer Kriegsausgaben zu schließen. Dschavid Bey bezeichnete die

Artilleriefener an der englischen Westfront — Gefechte bei Prosnas und Ornes — Feuerkampf bei Asiago und im Tomba-Gebiet — Räumung der Zenson-Stellung.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 2. Januar 1918. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Von Dismude bis zur Densle war die Artillerietätigkeit von Mittag an in einzelnen Abschnitten gesteigert. Nördlich und südlich von Densle lebte sie in Verbindung mit erfolgreichen Erkundungen vorübergehend auf. Auch zwischen Arras und St. Quentin nahm das Feuer zeitweilig an Stärke zu. Die Zahl der in den letzten Tagen südlich von Marcoing gefangenen Engländer hat sich auf 500 erhöht.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich von Prosnas und beiderseits von Ornes erhöhte Gefechtsfähigkeit. Erkundungsvorstöße führten an mehreren Stellen der Front zur Gefangennahme einer Anzahl Franzosen.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienische Front.

Die Feuerfähigkeit war auf der Hochfläche von Asiago und im Tomba-Gebiet zeitweilig gesteigert.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendroff.

Abendbericht.

Berlin, 2. Januar 1918, abends. Amtlich.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Nichtamtlich. Wien, den 2. Januar 1918. Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche von Asiago, im Gebiet des Monte Tomba und an der unteren Piave entwickelte sich zeitweise Artilleriefener. Am 26. Dezember früh wurde unsere Besatzung aus der Dammstellung bei Zenson ohne Verluste auf das östliche Piave-Ufer zurückgenommen.

Der Gegner, der diese Räumung erst am 31. Dezember bemerkte, hielt bis zu diesem Tage die verlassenen Deckungen fortgesetzt unter Artillerie- und Minenfeuer.

Der Chef des Generalstabes.

Finanzen der Türkei als durchaus günstig, trotz des Steigens der Staatsschuld. Die Türkei besitze gewaltige Naturschätze, die zur Deckung der Staatslasten herangezogen werden könnten. Die Regelung des türkischen Finanzwesens nach dem Kriege wird um so leichter sein, weil die in Deutschland aufgenommenen Kriegsanleihen in den ersten elf Jahren nach Friedensschluß weder verzinst noch getilgt werden müssen.

Die Friedensverhandlungen mit Rußland beurteilt Dschavid Bey sehr günstig. Er erklärte, daß die Türkei nach einem Frieden ohne Annexionen und Kriegsschädigungen strebe. Das höchste Ziel des osmanischen Reiches bilde es, aus dem Krieg unberührt und unter Wahrung seiner vollen Staatshoheit hervorzugehen. Das jungtürkische Regime werde erst nach dem Kriege imstande sein, demokratische Reformen zu verwirklichen. Es werden besonders Maßnahmen für die arabischen und armenischen Gebiete ergriffen werden, die unter dem Kriege hart gelitten haben.

Die Weihnachtskonferenz der französischen Gewerkschaften.

Die ganze französische Presse beschäftigt sich mit den Verhandlungen in Clermont-Ferrand. Während die kapitalistischen Zeitungen den Sieg Jouberts und seiner Mehrheit feiern, behauptet Renaudel in der „Humanité“, daß die Entschloßung der Konferenz über die „Internationale und den Frieden“ beider Richtungen gerecht werde und der Haltung der französischen Sozialistischen Partei entspreche.

Vorkant der Entschloßung.

„Angesichts der gegenwärtigen Kriegslage und der geistigen Anspannung, die durch eine gewissenlose und reaktionäre Presse verursacht wurde; angesichts der Fehler unserer Diplomatie und des Mangels an Klarheit der Regierungserklärungen über die Kriegsziele, beurteilt die Gewerkschaftskonferenz alle geheime Diplomatie und alle Verhandlungen, die ohne Vorwissen der Aktion geführt wurden; sie verlangt, daß man die Nation in Kenntnis setzt von den Bedingungen, unter denen ein allgemeiner, gerechter und dauerhafter Frieden geschlossen werden könnte.“

Die Konferenz erinnert an die folgenden Formeln, die diejenigen des Präsidenten Wilson und der russischen Revolution sind, und die auch diejenigen der französischen Arbeiterklasse waren und noch sind:

Keine Annexionen; das Recht der Völker, über sich selbst zu bestimmen; Wiederherstellung der Unabhängigkeit und der Unversehrtheit der gegenwärtig besetzten Länder; Wiedergutmachung der angerichteten Schäden; keine Kriegsschädigungen; kein Wirtschaftskrieg; keine Einstellung der Feindseligkeiten; Freiheit der Meere und der Meere; Errichtung pflichtmäßiger Schiedsgerichte, um die zwischenstaatlichen Differenzpunkte zu regeln; Begrenzung eines Bundes der Nationen.

In Uebereinstimmung mit den Ansichten der Arbeiter dieses Landes beauftragt die Konferenz den Gewerkschaftsbund, sich mit aller Kraft zu bemühen, von der französischen Regierung die Veröffentlichung der Friedensbedingungen zu erhalten. Sie fordert inständig die Arbeiter aller Länder auf, von ihren Regierungen eine genau formulierte Veröffentlichung der Friedensbedingungen zu erlangen. Diese Forderung wurde von der russischen Revolution seit Beginn erfüllt, und wir stimmen ihr bei, da dies unter den gegenwärtigen Umständen das einzige Mittel zu sein scheint, einem Sonderfrieden vorzubeugen.

Aus diesen Gründen und damit diese Grundsätze fest, bekräftigt die Konferenz das Recht der Arbeiterklasse aller Länder im allgemeinen und der französischen im besonderen, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen und nötigenfalls sie herbeizurufen.“

Die Entschloßung wurde mit allen Stimmen gegen zwei Enthaltungen angenommen.

Mjfers Begrüßungsrede.

In unserem letzten Bericht haben wir die Begrüßungsrede des schweizerischen Delegierten Mjfer so wieder, wie die „Gataille“, das Organ des französischen Gewerkschaftsbundes, sie veröffentlicht hatte. Wie wir aus der schweizerischen Arbeiterpresse erfahren, hatte die Stelle über die Entschloßung des Internationalen Sekretariats aus Berlin einen anderen Wortlaut. Mjfer sagte:

„Ich wünsche, daß die nächste internationale Gewerkschaftskonferenz so schnell als möglich stattfindet, damit die Frage der Überlegung des Internationalen Sekretariats erledigt wird und die internationale Tätigkeit der Arbeiter beginnen kann.“

Der Fall Minster.

Der Amsterdamer „Telegraaf“, das bekannte Ententeblatt, und die ihm nahestehende revolutionäre „Tribuna“ bestätigen jetzt, daß Karl Minster tatsächlich an der deutschen Grenze festgenommen und in deutsche Haft abgeführt worden sei. Sie behaupten mit allem Nachdruck, daß Minster amerikanischer Staatsangehöriger sei, daß er im Jahre 1905 die amerikanische Staatsangehörigkeit erworben hätte. Weiter wollen sie wissen, daß er von holländischem Gebiet aus verschleppt worden sei. Der niederländische Justizminister habe eine Untersuchung darüber eingeleitet und die niederländische Regierung habe die deutsche Regierung ersucht, vor Beendigung dieser Untersuchung nichts gegen Minster zu unternehmen.

Trotz dieser angeblich authentischen Darstellung bleibt der Fall ziemlich dunkel, da die beiden genannten Blätter keine weiteren Angaben darüber machen, wo der Vorfall sich ereignet haben soll und was Minster veranlaßte, sich in die gefährliche Nähe der deutschen Grenze zu begeben. Sie erzählen darüber freilich eine merkwürdige Geschichte — Minster habe sich mit einem Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie treffen wollen, um mit ihm über das Schicksal der Angehörigen von Deserturen zu verhandeln, die angeblich in Deutschland verfolgt und bedroht waren, aber das ganze sei nur eine Fiktion deutscher Agenten gewesen; man wird indessen alle diese romanhaften Erzählungen wirklich nicht als Ersatz für eine völlige Aufklärung des Falles hinnehmen können.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 31. Dezember. Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Korvettenkapitän Kophamel, das seine

Fahrt bis zu den Kap Verdeschen Inseln

ausdehnte und noch dort im Hafen von Porto Grande zwei große brasilianische (ehemals deutsche) Dampfer versenkte, ist unlängst glücklich in die Heimat zurückgekehrt. Personal und Material haben die lange Fahrt bestens überstanden und hierdurch einen neuen Beweis geliefert, ebenso sehr für die gute Ausbildung der Besatzung, wie für die Betriebssicherheit unserer U-Boote, die nicht der Tüchtigkeit unserer Konstrukteure auch der gewissenhaftesten Arbeitsweise unserer Werkarbeiter zu danken ist. So tragen auch diese ihr volles Teil zu den Erfolgen des U-Boot-Krieges und damit zum endlichen deutschen Siege bei.

Die Gesamtbesatzung dieses U-Bootes besteht in der Versenkung eines, wahrscheinlich amerikanischen Zerstörers, von 9 Dampfern und 5 Segelschiffen mit insgesamt rund

45 000 Br.-Reg.-T.

Unter den Ladungen der meist von Amerika nach Italien über Frankreich bestimmten Schiffe befanden sich mindestens 10 000 Tonnen Kriegsmaterial, ferner Kaffee, Leder, Weizen, Kupfer, Stahl, Erdöl, Gummi in größeren Mengen. 22 Tonnen Kupfer hat das U-Boot außerdem als wertvollen Beitrag für die deutsche Kriegswirtschaft mitgebracht.

Seine Majestät der Kaiser hat dem Kommandanten, der schon auf eine Reihe rühmlicher Kriegseinsätze zurückblickt, den Orden Pour le Mérite verliehen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der preussische Wahlrechtsauschuß.

Ein Antrag auf Einführung des Pluralwahlrechts.

Am 11. Januar wird der aus 35 Mitgliedern bestehende Wahlrechtsauschuß des preussischen Abgeordnetenhauses seine Arbeit wieder aufnehmen. Wie das „Verl. Tagebl.“ erfährt, wird ein Antrag auf Einführung des Mehrstimmenrechts eingebracht werden, wonach das Stimmrecht nach Weisheit und Bildung abgestuft werden soll. Der diesen interessanten Antrag einbringen wird, ist nicht gesagt. Man muß also seine Begrüßung zügeln, die Namen jener wahrhaft preussischen Männer lernen zu lernen, die den Kriegswucher mit einem höheren Wahlrecht belohnen, die Kriegsteilnehmer durch Winderung der staatsbürgerlichen Rechte bestrafen wollen.

Erstrecklicher Weise hat die Regierung schon bei der Generaldebatte im Plenum erklärt, daß für sie das Pluralwahlrecht unannehmbar ist. Sie weiß, daß der Versuch, dieses Wahlrecht einzuführen, zu innerpolitischen Kämpfen führen würde, wie sie Deutschland noch nicht erlebt hat. Denn es ist eine Ehrenpflicht der Daheimgebliebenen, den kämpfenden Volksgenossen draußen ihre volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu sichern. Gelänge ihnen das nicht sofort, so würden sie nach Kriegsschluß mit den heimkehrenden Soldaten zusammen eine Macht bilden, die die Reste der Junkerherrschaft in Preußen mit einem Ruck zum Scherich schleudern würde.

Eine reaktionäre Politik, deren ultima ratio im Inneren die bewaffnete Gewalt ist, wird nach dem Kriege in keinem Lande der Welt mehr möglich sein. Denn die bewaffnete Gewalt kann nicht gegen diejenigen aufgerufen werden, die jahrelang selber die Waffen für den eigenen Staat geführt haben. Möge man also überall rechtzeitig einsehen, daß die Zeit für reaktionäre Machtproben ein für allemal vorüber ist und den Versuch unterlassen, der Masse der Bevölkerung ein Wahlrecht aufzuerlegen, das sie aus Gründen der Selbstachtung nicht ertragen kann!

Kartoffelernte und Kartoffelration.

Vom Vorsitzenden des Landarbeitersverbandes Georg Schmidt, Berlin.

„In noch höherem Grade als beim Brotgetreide erweist sich die Ermittlung der Kartoffelernte als unzuverlässig“ — so hieß es in einer jedenfalls aus amtlicher Quelle stammenden Mitteilung in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 7. Dezember 1917. Es sei eine gründliche Nachprüfung erforderlich, die bis etwa Mitte Dezember abgeschlossen sei. Das bisher, also bis Anfang Dezember, bekanntgewordene Ergebnis der Kartoffelernte stelle ein erhebliches Defizit für die Deckung des Bedarfs dar.

Zu dieser Schlussfolgerung dürfte die betreffende amtliche Stelle wohl berechtigt sein, denn wie mir bekannt wurde, hat die Kartoffelstatistik 1917 nur einen Ernteertrag von 24 Millionen Tonnen ergeben. Dabei ist doch allgemein bekannt, daß wir 1917 eine mindestens ebenso gute Kartoffelernte hatten, wie 1913, die damals nach der Reichsstatistik rund 54 Millionen Tonnen betrug.

Auf einem Kriegsernährungslehrgang, der im Herbst 1917 im Herrenhaus stattfand, hat ein Agrarier, Herr von und zu Puttk. die grünen Hefte der Reichsstatistik als die verlogenensten Bücher bezeichnet, die es überhaupt gibt. So sagt man heute in jenen Kreisen, wenn diese Zahlen zu unbequem werden. Sonst waren den Agrariern die Zahlen der Erntestatistik sehr angenehm, um sie agitatorisch zu verwenden. Da sich die Erntestatistik auf die Angaben der Gemeindevorsteher und agrarischen Sachverständigen aufbaut, so ist obiges Urteil ja auch in der Richtung interessant, wer das Volk belogen hat. Aber auch dann, wenn wir 10 Proz. an der Schätzung von 1913 abnehmen, so verbleibt immer noch ein erhebliches Minus gegenüber 1917. Auch wenn wir die vom Kriegsernährungsamt angenommene Erntemenge von 34,5 Millionen Tonnen für 1917 zugrunde legen.

Auf dem christlich-nationalen Arbeiterkongreß, der Ende Oktober stattfand, sagte Unterstaatssekretär Edler von Braun, man habe mit einer Ernte von 65 Zentner pro Morgen gerechnet, es „scheine“ sich aber das Ergebnis auf 70 bis 75 Zentner pro Morgen zu erhöhen. Endgültige Zahlen seien vor dem 5. November nicht erhältlich. Bis dahin könne der Forderung, die Ration auf 10 Pfund pro Woche zu erhöhen, nicht entprochen werden. Nach dem 5. November mußte man aber auch noch nicht weichen. Am 9. Dezember sagte Direktor Alter vom Kriegsernährungsamt in einer Versammlung in Hamburg: „Die Kartoffel habe eine günstige Ernte gebracht, schätzungsweise“ 65 Zentner pro Morgen. Eine Erhöhung der Ration erweise deshalb nicht angängig.“

Es liegt jedenfalls so, daß man im Kriegsernährungsamt auch heute noch nicht weiß, welche Ernte die Kartoffelernte ergeben hat. Denn die von diesem Amt ermittelten 34,5 Millionen Tonnen stellen nur den Gesamtbedarf dar, wonach der Morgen 73 Zentner gebracht haben müsse. Der konservative Abgeordnete v. Osten macht sich diese ermittelte Zahl natürlich gleich zu eigen. Am 28. November sagte es dieser Agrarier, daß die zugrunde gelegte Menge von 73 Zentner auf den Morgen schon reiflos die gesamte Kartoffelernte erfasse.

Wer aber mit landwirtschaftlichen Verhältnissen einigermaßen weise ist, wird an eine derartige niedrige Ernte nicht glauben.

Ich habe mir daher die Mühe gemacht und bei etwa drei Duzend Vertrauensleuten des Deutschen Landarbeitersverbandes über den Ernteertrag pro Morgen angefragt. Erhielt Antworten aus folgenden Gebieten: Schlesien 4, Brandenburg 5, Pommern 4, Provinz Sachsen nebst Braunschweig 8, Schleswig-Holstein 4, Mecklenburg 8, und je eine aus Hannover und Königreich Sachsen. Der durchschnittliche Ernteertrag ergibt: Schlesien 102, Brandenburg 78, Pommern 81, Provinz Sachsen und Braunschweig 81, Schleswig-Holstein 78, Mecklenburg 85, Hannover 85 und Königreich Sachsen 100 Zentner pro Morgen. Die Angaben pro Morgen schwanken zwischen 60—110 Zentner.

Dieses Ergebnis der Umfrage sagt Kundigen nichts Neues. Eine durchschnittliche Ernte von 80 Zentner pro Morgen war bei der diesjährigen Ernte, auch unter Berücksichtigung der Kriegseinwirkungen auf die Ernteergebnisse als sicher anzunehmen. Auf Boden, der für Kartoffeln schlecht geeignet ist, gibt es wie alle Jahre einen minderen Ertrag, dafür aber auf besserem Boden desto höhere Erträge, so daß dieser Durchschnitt als gute Grundlage gelten kann. Das Rittergut Schönau hat nach seinen eigenen Angaben 1916 pro Morgen 57,29 Zentner pro Morgen geerntet. Wenn auf diesem mageren Boden der Mark bei der Reife von 1918 annähernd 60 Zentner geerntet wurden, so kann man dieses Jahr sicher auf 80 Zentner pro Morgen schließen. Es gibt aber noch besseren Kartoffelboden in Deutschland, wo höhere Ernten erzielt wurden.

Diese Angaben von Landarbeitern, die auch Kartoffeln für ihren eigenen Bedarf bauen, wird wohl auch der berühmte agrarische Sachverständige der „Deutschen Tageszeitung“, der Rechtsbeirat des Bundes der Landwirte, Rechtsanwalt Böttger nicht bestreiten wollen. Dieser Wortgewaltige bezeichnet jede Kritik der Ernährungswirtschaft als agrarverheerend, ungerichtet verdächtigende Phrasen und hat den Mut zu behaupten, seitens der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie seien noch keine produktionsfördernde Maßnahmen vorgeschlagen worden. Dabei darf man wohl die Frage an den Herrn Rechtsanwalt Böttger richten, was er von landwirtschaftlicher Produktion versteht.

Ich wäre geneigt, aus den Särciden der Landarbeiter nach einige Stellen wiederzugeben, aber wegen der leidigen Papierknappheit will ich darauf verzichten. Was mir aber ein guter Freund aus Mitteldeutschland schreibt, will ich doch bekannt geben. Dieser antwortete:

„Du willst wissen, wie viel Kartoffeln wir hier geerntet haben. Das sind Geheimnisse, das kann ich Dir nicht schreiben. Wir mühen euch angeblich, wie viel Äcker wir bepflanzen wollen, dann haben wir müssen angeben, wie viel wir geerntet haben. Da kannst Du Dir

denken, daß ein jeder nicht zu viel angegeben hat. Wenn ich Dir das nun angebe und Du machst das bekannt, dann erfahren es die Bauern und ich habe die Schande.“

Der betreffende Kollege hat wahrlich so gesprochen, wie 99 Proz. der Landente denken. Darum bin ich auch überzeugt, daß die von mir ermittelten Ernteergebnisse keine Höchstwerte darstellen, sondern noch unter dem wirklichen Durchschnitt liegen. Trotzdem ich fast alle der Befragten als gute Verbandskollegen kenne, traue ich in dieser Beziehung nicht weit.

Zu dieser Erkenntnis sollte man sich auch im Kriegsernährungsamt durchgerungen haben und entsprechend die Ernteschätzungen bewerten. Will man aber den Landwirten und deren Interessenten alles glauben, so wird sich über das Volk kein A für ein U vormachen lassen. Wenn tatkräftig zugegriffen wird, kann die Kartoffelration auf 10 Pfund pro Kopf und Woche erhöht werden. Auch dann, wenn die Ration erhöht wird, werden noch reichlich Kartoffeln nicht nur an Pferde und Zugtiere veräußert werden. Was mich veranlaßt, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, waren die falschen Angaben über den Ernteertrag. Diese Behauptungen, um den ganzen Vorrat der Kartoffelversorgung zu entschuldigen, sollte man nicht mehr verwenden, weil sie nicht mit den Tatsachen in Einklang zu bringen sind. Die anderen Schwierigkeiten bei der Kartoffelversorgung müssen soviel als möglich überwunden werden. Die Kartoffel ist das Nahrungsmittel, das dazu dienen muß, den Magen einigermaßen zu füllen. Bei einem nochmaligen Versagen in der Kartoffelversorgung, wie es im Frühjahr und Vorfrühjahr 1917 der Fall war, steht sehr viel auf dem Spiel. Das soll man an den maßgebenden Stellen beachten.

Groß-Berlin

Jahrpreiserhöhung mit militärischer Hilfe.

Nach einer hiesigen Zeitung soll das Generalkommando des VII. Armeekorps für die Straßenbahnen seines Bereiches einen Preissteigerungsplan von 15 Pf. statt des bisherigen 10 Pf. Torfis zwangsweise und gegen den Willen der Gemeindevorstände angeordnet haben. Eine kaum glaubliche Nachricht. Danach hätte sich die militärische Gewalt in Bewegung gesetzt, damit die Dividende der Straßenbahngesellschaften zu deren Zufriedenheit bemessen wird. Daß dem Generalkommando jede Befugnis hierfür mangelt und daß eine solche Verordnung deshalb rechtswidrig ist, steht außer allem Zweifel. Aber es lohnt sich, auf diese Nachricht aufmerksam zu machen, damit nicht die Nachricht aus Westfalen anderswohin zu neuen Forderungen ertönt. Vielleicht könnte ja auch der Große Berliner Straßenbahn der Gedanke kommen, unser militärisches Organ lasse sich davon überzeugen, daß die tiefen Mehrerlöse der Straßenbahn während der Kriegsjahre doch noch nicht groß genug seien. Wir glauben uns zu erinnern, daß im vorigen Jahre der Versuch gemacht wurde, auf dem Umwege über die Arbeiterlöhne eine derartige Wirkung beim Kriegsamt zu erzielen. Aber dieses hatte das richtige Gefühl, daß die Militärbehörde keinen Versuch habe, sich in die heikelsten Fragen der Groß-Berliner Kommunalpolitik einzumischen und zur schweren Mehrbelastung der minderbemittelten Kreise beizutragen. Und so wird die Große Berliner wohl auch auf diesen neuen Umweg selbst keine große Hoffnung setzen.

Die Bevormundung unehelicher Kinder.

Die Vormundtschaft der Stadt Berlin soll eine wichtige Ausdehnung erhalten. Als sie am 1. April 1912 für die von da ab in Berlin geborenen unehelichen Kinder in Kraft trat, wurde zunächst nur an eine Geltung bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres gedacht. Die Beschlüsse der Gemeindevorstände zeigen, daß nach Erreichung dieses Lebensalters die Kinder aus der Vormundtschaft der Stadt zu entlassen seien und die weitere Fürsorge für sie dann an Einzelvormünder übergehen solle. Seit dem 1. April 1912 von der Stadt bevormundeten ältesten Kindern würde mit 1918 der Zeitpunkt kommen, wo sie auscheiden müßten. Der Magistrat ist aber inzwischen zu der Erkenntnis gelangt, daß sich die Ausdehnung der Vormundtschaft für die Unehelichen bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres empfiehlt. Er hat das beschlossen und erwidert jetzt die Stadtverordneten um ihr Einverständnis. Hiermit folgt er nur einem Beispiel, das von anderen Großstädten bereits gegeben worden ist. Ueber 200 Städte des Deutschen Reiches, darunter fast alle Großstädte, haben sich für die Beibehaltung der Vormundtschaft weit über das 14. Lebensjahr hinaus entschieden. Mehrere davon haben sie bis zum 21. Lebensjahr ausgedehnt, z. B. Leipzig, Dresden, Darmstadt, Elberfeld. Der Berliner Magistrat hebt in der Begründung seines Antrages hervor, daß die Bevormundung durch die Stadt den unehelichen Kindern bedeutende Vorteile gebracht hat, die ihnen über das 6. Jahr hinaus gesichert und noch gesteigert werden müssen. Die Willigkeit auherelicher Väter, ihre Unterhaltspflichten zu zahlen, läßt oft gegenüber den älter werdenden Kindern nach. Um so notwendiger ist da die Beibehaltung, mit der gerade die Vormundtschaft bisher so gute Erfolge für die jüngeren Kinder erreicht hat. Auch die gesundheitliche und pädagogische Aufsicht der Vormundtschaft müsse, sagt die Begründung, den Unehelichen weiter erhalten bleiben, damit sie vor körperlichen, sittlichen und geistigen Schäden bewahrt werden. Nach der Schulentlassung könne bei Verzicht der Vormundtschaft den Unehelichen mehr nützen und segensreicher wirken als ein Einzelvormund. Uebrigens würde infolge des Heeresdienstes vieler Männer es jetzt gar nicht möglich sein, die nötige Zahl von Einzelvormündern für die nach Vollendung des 6. Lebensjahres zu entlassenden Kinder zu finden. In 1918 müßten etwa 1800 Minderjährige auscheiden, bei einem Gesamtbestand von jetzt rund 11 000. Die Gesamtzahl der seit 1912 von der Stadt in Vormundtschaft genommenen Kinder beläuft sich auf über 22 000, wovon etwa die Hälfte durch Tod, Legitimation, Adoption, Wegzug usw. wieder ausgeschieden sind.

Wieder volle Milchration.

Die Milchrationen gestatten zurzeit, auf die Kinder- und Krankenarten wieder das normale volle Milchquantum auszugeben. Dementsprechend werden von heute ab auf die roten Kinderkarten für die Kinder im 1. und 2. Lebensjahre 1 Liter, auf die blauen Karten für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre 1/2 Liter und auf die braunen Karten für die Kinder im 5. und 6. Lebensjahre 1/3 Liter Vollmilch ausgegeben. Gleichzeitig werden die feineren zum Ausgleich für die vergrößerte Milchportion geschaffenen Sondermilchkarten über 1/2 Liter für die stillenden Mütter für unzulässig erklärt, so daß auf diese Sonderkarten Milch nicht mehr verabsolgt werden darf.

Die Charlottenburger Wasserwerke gegen besondere Gewerbesteuern.

Die Charlottenburger Wasserwerke L. & G. führen, wie bekannt, mehrere Verwaltungsverträge gegen einige Berliner Vororte, die besondere Gewerbesteuern von großer Höhe auf die Anlagen und

den Betrieb der Gesellschaft beschlossen haben. Dies hat neuerdings auch die Stadt Reukuhll getan. Die Gesellschaft hat gegen die Reukuhllener Steuer Einspruch erhoben; der Magistrat hat hierüber aber noch nicht entschieden. Die Frage gegen die Stadt Schöneberg, deren Vertrag die Gesellschaft, wie feinerzeit mitgeteilt, am 31. Dezember 1917 gekündigt hat nachdem eine Verständigung mit dem Magistrat wegen einer Vertragsverlängerung nicht zu erzielen war, schwebt gegenwärtig beim Oberverwaltungsgericht; der Bezirksausschuß zu Potsdam hatte sie in erster Instanz abgewiesen. Die Steuerfrage gegen die Gemeinde Zehlendorf wegen ihrer Veranlagung zur Gewerbesteuer für das Steuerjahr 1915/16 ist zugunsten der Gesellschaft entschieden worden. Wegen der gleichartigen Veranlagungen für die beiden folgenden Jahre schweben noch die von der Gesellschaft erhobenen Klagen. Der Vertrag der an die genannten drei Gemeinden im letzten Geschäftsjahre gezahlten Gemeindegewerbesteuer beläuft sich auf 577 137 M., während die Charlottenburger Wasserwerke nach dem vom Kgl. Steuerausschuß in Potsdam aufgestellten Verteilungsplan einschließlich der von den Gemeinden festgelegten Zuschläge für das gesamte Verteilungsgebiet eine Gewerbesteuer von nur rund 50 000 M. zu zahlen gehabt hätte. Zum Schutze gegen derartige Steuerbelastungen haben die Charlottenburger Wasserwerke den staatlichen Aufsichtsbehörden ein Gesuch unterbreitet.

Neue Wege für den Städtebau.

Die Vereinigung Berliner Architekten, Ortsgruppe Groß-Berlin des Bundes Deutscher Architekten, hat den in Betracht kommenden Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden eine Denkschrift überreicht, die auf den Arbeiten und Untersuchungen des im Mai 1917 veröffentlichten Ges. Bauorts Heinrich Kahje beruht und der großstädtischen Bebauung neue Wege weist. Die Grundlage dieser neuen Städtebaulehre beruht in der tatsächlichen Berechnung der Bebauung von Grundstücken, d. h. es wird nicht wie jetzt der Flächeninhalt des Grundstücks, sondern der umbaute Raum, der ganze Baukörper, den Berechnungen über die Ausnutzung der Grundstücke zugrundegelegt. Die Denkschrift weist die Notwendigkeit dieser neuen Berechnungsart an der Hand der unglücklichen baulichen Entwicklung Berlins und seiner Vororte nach.

Das System der Berechnung des unbauten Raums anstatt der bloßen Flächenberechnung führt dazu, daß nicht das einzelne Haus, das heute im großstädtischen Stadtbild nicht mehr die künstlerische Einheit darstellt, sondern der ganze Baublock zur Grundlage der Bebauung und architektonischen Gestaltung gemacht werden muß. Jeder Baublock muß ein architektonisches Ganzes werden. Die Denkschrift sucht an der Hand von Beispielen und Gegenbeispielen nachzuweisen, daß nicht nur die äußere Erscheinung der Häuser durch ihre Zusammenfassung zum Baublock, sondern auch die wohnlichen und gesundheitlichen Zustände im Innern der Häuser gebessert werden. Die Denkschrift schlägt insbesonders eine Reihe von Einzelbestimmungen vor: über die Beibehaltung der Grenzbebauung, wodurch für jeden Baublock ein einziger zusammenhängender Innenhof entsteht, und über die Ausnutzung der nach der Körperberechnung, dem unbauten Raum, wobei die Bestimmungen sich an die alte Bauordnung anlehnen könnten. Voraussetzung hierfür ist, daß die Bearbeitung des Entwurfs eines Baublocks in die Hand eines Architekten gelegt wird.

Der Vertrieb von Sohlenkornern und -bewehrungen ist, wie die Erlaßstellen-Gesellschaft mitteilt, vom 1. Januar an verboten. Nur der Vertrieb solcher Sohlenkornern und Sohlenbewehrungen, die aus feinstem Stahl- oder Bodenleder ausgefertigt sind und eine Stärke von wenigstens 2 Millimeter haben, ist noch bis zum 28. Februar gestattet, unter der Bedingung, daß die Kleinverkaufspreise für das Stück bei einer Länge von 2 bis zu 3 Zentimeter 4 Pf., bei einer Länge von mehr als 3 Zentimeter 5 Pf. nicht übersteigen. Aufwendungen für Verpackung, Kartons und ähnliches dürfen nicht besonders berechnet werden.

Lichtspiele Lauchhagenpalast. „Der Weg ins Freie“ heißt der neue Richard Oswald-Film in dem Bernd Alder eine Hauptrolle gibt. — Ein Lustspiel mit Albert Vaulig in der Hauptrolle. „Albert kriegt sie doch“ ergänzt den Spielplan nach der heiteren Seite hin.

Die Bazar-Lichtspiele am Kollendörplog bringen am Freitag das vieraktige Drama „Verkaufte Seelen“ mit Bruno Decarli in der Hauptrolle zur Uraufführung.

Zu der Bluttat in der Kognakstraße, über die wir aus der Inhabitenfrage berichtet, wird mitgeteilt, daß es gelungen ist, den schuldigen Gustav Wenzel zu ermitteln und festzunehmen. Frau Wenzel hatte, um ihrem Namen einen Schutzmittel zu verschaffen, unter falschem Namen in der Fernsdorfer Straße 7 eine zweite Wohnung gemietet, in der sie ihn öfter besuchte. Kriminalbeamte beobachteten sie heimlich, entdeckten so diese Wohnung, als sie sie Dienstag wieder aufsuchte. Man fand dort Wenzel im Bett liegen und verhaftete ihn. Wenzel behauptete, er sei bei der Tat so schwer betrunken gewesen, daß er von nichts mehr wisse. Der Verhaftete, der wegen Einbruchs verhaftet ist und auch bei neuen Einbrüchen wieder als Mittäter in Betracht kommt, wurde von der Kriminalpolizei der Militärbehörde übergeben.

Nicht Mord, sondern Selbstmord. Zu dem Mordverdict in der Philippstraße erfahren wir, daß der Tod der Marie Stolz so gut wie aufgeklärt ist. Die Kriminalpolizei fand nachträglich in der Wohnung einen Zettel, auf dem die Inhaberin mitteilt, daß ihr Bruder sie in den Tod getrieben habe. Hiernach hat sie sich nach einem heftigen Streit mit ihrem Bruder augenscheinlich selbst mit Gas vergiftet.

Charlottenburg, Schulfürsorge. Zur Beseitigung der Schwierigkeiten, die der Bevölkerung bei der Befolgung und Instandhaltung von Schulfürsorge entgegenstehen, hat die Firma Carl Essler im Auftrage des Magistrats Charlottenburg zwei Annahmestellen für Schulfürsorge für die Charlottenburger Bevölkerung eröffnet: Wilmersdorfer Str. 45 (Ede Schilderstraße) und Lauchhagenstr. 7b (Ede Nürnbergstraße). Die Freie sind unter Mitwirkung des Magistrats festgelegt. Die Aufstellung der zur Befolgung oder Instandhaltung angelegten Schulfürsorge soll in längstens 10 Tagen erfolgen. Bei der Ableitung der Schulfürsorge haben sich die Auftragsgeber in den Annahmestellen als Charlottenburger Einwohner anzumelden, an dessen durch Vorlegung der Charlottenburger Ausweiskarte für Lebensmittel.

Wilmersdorf, Lebensmittel. Bis einschließlich 6. Januar gelangen auf Abschnitt C der Bezugskarte für Einzelpersonen 100 Gramm Sago zum Preise von 0,24 M. oder 100 Gramm Dinkelweizen zum Preis von 0,24 M. zum Preise von 0,18 M. zur Abgabe. Die Entnahme hat in dem Geschäft zu erfolgen, wo der Inhaber der Bezugskarte in die Kundenliste eingetragen ist.

Die Kunstsalz (Pariser Str. 45) verlängert ihre Weihnachtsausstellung bis 1. Februar (täglich 10—6, Sonntags 11—1 Uhr) bei freiem Eintritt. Die Ausstellung bietet in dieser Reichhaltigkeit beste Gelegenheit zur Erwerbung von Kunstwerken.

Steglitz. Wegen der lästigen „Schneeschipper“ wendet sich der dortige Ortsvorsteher, Bürgermeister Dubrow, in einer Bekanntmachung, worin es heißt: „Die Straßenreinigung läßt leider noch immer zu wünschen übrig. Wenigstens ich danke anerkennen, daß eine große Anzahl von Hausbesitzern und Mietern in vorbildlicher Weise dieser vaterländischen Pflicht nachgekommen sind, so gibt es noch immer eine große Menge von Hausbesitzern die gar nicht so gern arbeiten. Leider stehen mir Strafmittel nicht zur Verfügung. Ich werde daher in Zukunft die Namen aller Hausbesitzer oder Verwalter, vor deren Grundstücken selbst in dieser schweren Zeit

Stückzahl der Befestigung von Säure und Eis nicht getan ist, veröffentlicht.

Reinlebensmittel. Vom 5. ab wird in den Verkaufsstellen der Gemeinde auf Feld 1 der Kustwaidkarte eine Dose...

Direktion Max Reinhardt. Deutsches Theater. 7 Uhr: Der lebende Leichnam. Kammerstücke. 7 1/2 Uhr: Kinder der Freude.

Theater für Donnerstag, 3. Januar. Central-Theater. Kommandantenstraße 57. 7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin.

WINTERGARTEN. Anita Berber. Trade Hesterberg. Kurt Fass. Jan Paul. sowie der vollständig neue Januar-Spielplan.

URANIA. 8 Uhr: Tier und Mensch in der Wildnis. Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Der Heiratstribunal.

Zirkus A. Schumann. Bahnhof Friedrichstraße. Anfang 7 1/2 Uhr. Letzte Saison in Berlin. Das einzig dastehende Januar-Programm.

Casino-Theater. Lotzringstr. 17. Tägl. 7 1/2 u. 11. Der neue stinelle Schläger. Samstagsfrühe.

Hartstein. „Er oder Er.“ Hella Ingrid. ?? Rama u. Sama ?? „Das Hörrohr“ mit R. Steidl u. A. Müller-Lücke.

Admiralpalast. 7 1/2 Uhr: Deutsche Tänze von Schubert. Abrakadabra.

Apollo. Friedrichstr. 215. 7 1/2. 12 Attraktionen. Außer d. Stimmungs. Seemannsleben.

Berliner Konzerthaus. Heute: Großes Konzert des Berliner Konzerthaus-Orchesters.

Zeitungsausgabestellen und Inseraten-Aannahme. Zentrum Albert-Schubert, Adersstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 11-12 und von 4-7 Uhr.

Zeitungsausgabestellen und Inseraten-Aannahme. Charlottenburg: Guban Schatzberg, Eisenheimer Straße 1. Geöffnet von 11-12 und von 4-7 Uhr.

5. Januar bei einem Kleinbändler zu erfolgen. Die Abgabe der Gruppen an die Verbraucher findet vom 9. Januar ab statt.

Grünau. Aus der Gemeindevorstellung. Die letzte Sitzung beauftragte sich u. a. auch mit der weiteren Ausgestaltung des Lebensmittellandes.

Lustspielhaus 7 1/2 Uhr: Die blonden Mädel v. Lindenhof. Residenz-Theater 7 1/2 Uhr: Lilli Grün.

Zirkus. Krone auf der Bühne. Viktorin-Theaters. Kottbuser Str. 6. Tel. Moritzplatz 14814.

Dauerwäsche! Mit DUALIN, Dauerwäsche-Präparat, D. R. Pat., ges. gesch., macht jeder seine Kragen, Stulpen, Oberhemden abwaschbar.

Briefkasten der Redaktion. G. N. 333. Das kann doch nur ein Arzt nach ärztlicher Untersuchung tunen, da die Ursache der Entzündung unbekannt ist.

Theater des Westens. 7 1/2 Uhr: Der verlichte Herzog mit Guido Thielscher.

Weißkohl. solange die Vorräte noch reichen. Mit mehreren Anteile entsprechend mehr.

Unbezahlbar für jeden Fabrikanten, Großhändler, Verkäufer oder Händler, und sei er noch so beliebt, ist das Werk „Die Goldquelle“.

Spezialarzt Dr. med. Laabs. beh. chron. gastr. u. duoden. Störungen u. alle Verdauungsstörungen.

Voigt-Theater. Badstr. 55. Saabstr. 59. Täglich: Ledige Mütter.

Spezial-Arzt Dr. med. Hasché. Friedrichstr. 90. direkt am Städtischen Krankenhaus.

Lungen- und Halskrankheiten. Verlangen Sie folgendes beleuchtende Broschüre über die Heilung ohne Verbandsmittel.

100 Postkarten, ganzes Prachtprogramm. enth. Gold-, Glanz-, Bronze-, Kunst-, patri. Blum., Kopf-, Kinder-, Geburts-, Liebes-, Land-, Witz usw.

Reichshallen-Theater. Allabendlich 7 1/2, und Sonntag nachmittag 3 Uhr. Stettiner Sänger.

Ein neuer Zuschneide-, Näh- und Umarbeitungskursus beginnt Anfang Januar.

Königl. Preuss. Klassenlotterie. Ziehung der 1. Kl.: 8. u. 9. Januar. Achtel-Lose 5 M. - Viertel-Lose 10 M.

Prima Würstchen. a. Wert a. Kaninchen- u. Rebh. Fleisch tägl. frisch. Pfd. 3,50 M.

Berliner Konzerthaus. Heute: Großes Konzert des Berliner Konzerthaus-Orchesters.

Spezialarzt Dr. med. Wockentus. Friedrichstr. 123 (Oranienb. T.). für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden.

DEUTSCHE PAPIER-RADBEREITUNGS-FABRIK. Generalvertrieb: LUXELLY, Chemische Produkte Berlin-Schöneberg I.

Spezialarzt Dr. med. Coleman. f. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Bekrankung.

Zeitungsausgabestellen und Inseraten-Aannahme. Charlottenburg: Guban Schatzberg, Eisenheimer Straße 1.

Zeitungsausgabestellen und Inseraten-Aannahme. Charlottenburg: Guban Schatzberg, Eisenheimer Straße 1.

Zeitungsausgabestellen und Inseraten-Aannahme. Charlottenburg: Guban Schatzberg, Eisenheimer Straße 1.

Zeitungsausgabestellen und Inseraten-Aannahme. Charlottenburg: Guban Schatzberg, Eisenheimer Straße 1.

Petersburg-Kiew.

Einer der besten Auslandskorrespondenten Frankreichs, der Redakteur der „Dopé de Toulouse“, Jean Polster, ist kürzlich aus Russland zurückgekehrt und berichtet freilich mit deutlicher Tendenz, das alte und neue Russland wie es sich in den Gegenständen Petersburg-Kiew, oder modifiziertes Russland und Ukraine darstellt, zu schildern. Er schreibt:

Wenn man Petersburg in der Richtung nach Kiew verläßt, sieht man sogleich, daß man sich nach einer anderen Welt begibt. Petersburg ist eine hyperboreische Stadt; Kiew, obwohl im gleichen Breitengrad wie Velle gelegen, hat schon südlichen Charakter.

Petersburg ist eine Pfahlbautenstätte inmitten von Sümpfen und in einer der entsetzlichen Gegenden der Welt. Alles riecht nach Schimmel, alles hat ein Aussehen des Elends, des Verfalls, des Alters. Bereits am Ende August zeigen sich tausende von Sorgen: die langsam steigende Kälte, der niederhängende Himmel, das fahle Licht, der Nebel, der unaufhörliche Regen! Die Frauen mit ihren reizenden Garnmützen, die enormen Goldflopf, die an den Landungspforten, in den Hotelböden und Hofräumen der öffentlichen und privaten Gebäude aufgeschichtet werden, kurz alles läßt ein unheimliches Klima und einen langen Winter voraussetzen, gegen den man sich rüsten muß wie gegen einen scharfen Angriff.

Kiew dagegen, die Mutter der russischen Städte und die Hauptstadt der Ukraine, auf sieben Hügeln erbaut, die wie ein gewaltiges Vorgebirge sich über die Steppe erheben, über die Steppe, die grenzenlos ist wie das Meer, während an ihrem Fuße gleich einer Schlange der Dnjepr dahinfließt; Kiew, versteckt unter Blättergrün und unter der Frucht eines blauen Himmels, liegt auf die tausende von Kirichen mit den goldenen Kuppelkronen, die einem in Gedächtnis ruhen, daß sie in Russland die Wiege des östlichen Christentums waren — Kiew strahlt eine Atmosphäre des Hebens aus, der Sorglosigkeit und Fröhlichkeit, wie man sie nur in Ländern der Sonne findet.

In Petersburg hat augenblicklich das Volk ein schändliches und unglückliches Aussehen, das Mitleid erweckt. Die Menschen haben ein hartes, zurückhaltendes, mürrisches Wesen. Wenn sie einen anreden, hat ihre Stimme einen aggressiven Ton und gereizten Klang. Man hat stets Luft, ihnen zu sagen: „Nehmt Verzeihen, bitte!“ Das Empfinden setzt sich fest, daß auf jeden die Unsicherheit des heutigen politischen Zustandes übergegangen ist und die kümmerliche Sorge um das tägliche Brot nur das Hebrige. Man ist sich bewußt, daß jeder von dem Gefühl geplagt wird, daß das, was das alte Russland war, zusammenfällt und im Nichts versinkt. Die kümmerliche Menge, die ganze Nacht hintereinander in eifrigster Arbeit, um mit Hilfe der Karte ein klein wenig Brot oder Fleisch kaufen zu können, die Menge, in der man Arbeiter, Bürger, Soldaten, Weiber, Frauen und Kinder erblickt; dann die wilden Springflüsse von Menschen, die die Tramwayen besetzen und sich gegenseitig mit Ellbogen und Fäusten bearbeiten, — denn die Winterkälte ist unbezählbar und verlangen 10—15 Rubel für die tägliche Fahrt — die Bekleidungen, denen man sich sogar in den erstklassigsten Hotels unterwerfen muß, wo man für ein abendliches Diner 10—12 Rubel rechnet; kurz, das alles macht den Eindruck der Trübseligkeit und des wirklichen Mangels, den man in der Hauptstadt der Ukraine nicht findet.

Hier sind wir nunmehr im Zentrum des Getreidelandes, des Ruder- und Gerstenlandes, des Kornlandes, inmitten einer überreichen Erde, die ungeachtet ihrer Wohlhabenheit verarmt an die, die sich der geringsten Mühe unterziehen, sie zu bebauen. Raschlich hört man auch über Einkünfteklagen und über die Kolonisten vor Wäldern, Weiden- und Jagdgründen, so wie sie herrlich in ganz Russland ist. Aber es ist schon auffällig, daß hier die Kolonisten nicht so lang sind wie in Petersburg und daß sie wenigstens nicht ganze Nächte andauern. Eigentlich scheint niemand unter den Einkünften besonders zu leiden. Im Garten des „Kasino der Neuficente“, dem wunderbaren Schloß, von dem aus man nicht müde wird, die wunderbaren Sonnenuntergänge zu bewundern, die sich in den trüben Wäldern des Dnjepr widerspiegeln, bemerkt sich jeden Abend ein Strom fröhlicher, unbesorgter Menschen, elegant und leicht gekleidete Damen, zwischen Offizieren und Soldaten, Bürgern und Arbeitern. Sie lustwandeln und lächeln den Klängen der Musik, die eine Musikkapelle jeden Abend vornehmen läßt. Es dünkt einem dies eine immerwährende Sommerkränze und man hat Mühe, sich zu denken, daß im gleichen Augenblick ganz Russland in den Judungen einer Krise liegt, die sein Leben bedrohen. Es fällt einem schwer, sich hineinzuversetzen, daß während der Märsche in Galizien, nach dem Ver-

laßt Tarnopols und Kalusz und dem Vordringen gegen Zakarabien die Beförderung einer Märsche der Stadt die Gewässer benutzte. In der besten Kälte, im „Continental“ oder „Grand Hotel“ ist noch für 4 Rubel ein Diner zu bekommen, das besser ist als das, für das man in Petersburg 12—14 Rubel bezahlen muß.

Eigentlich ist die Tenierung in Petersburg vor allem anderen eine Folge der Transportkrise. In Kiew sind alle Vorräte reichlich vorhanden und deshalb kann man trotz der Beschränkungen, trotz eines tiefen Eiswinters, alles, was man braucht, verhältnismäßig billig bekommen. Lediglich die Fabrikationsstätte ist, wie im ganzen übrigen Russland, außerordentlich teuer. In den Tramwayen herrscht dasselbe Gedränge wie in Petersburg, die gleichen Anstöße Menschen hängen an den Treppentritten. Im Strom zu wahren, hat man den Betrieb um ein Drittel eingeschränkt. Einen guten Eindruck macht die Ordnung, die sonst das Publikum zu halten sich bemüht. Von selbst, ohne Abschließung, ohne die Aufsicht der Polizei — mit der seit der Revolution aufgedrückt ist —, ohne Reihenfolgennummern steht das Volk seine Kolonnen, und das Abends, wenn die Geschäfte und Fabriken schließen, verlagern sich die Massen der Antretenden zu einem endlosen Band. Aber das Volk ist gutmütiger Natur und zeigt keine Nervosität. Es lacht, vergnügt sich über einen Spott und lacht mit innigem Genuß den Geigenpielern und Sängern in Gehrod und Pflunderhut, die für Fröhlichkeit sorgen. . . .

Dichter in Papiernot.

Wenn wir bei der steigenden Papierknappheit wohl auch nicht so fürchten müssen, es könnte soweit kommen, daß das Papier fehlen würde, um den recht zahlreichen Dichtern und Schriftstellern zu mangeln, ihre mehr oder weniger unsterblichen Werke auf Papier zu bringen, so kann man sich doch wohl vorstellen, daß manchen Autoren das Geld fehlen kann, um das immer teurer werdende Papier zu kaufen. Das war schon manchmal der Fall, als das Papier noch nicht so teuer war wie jetzt. Peter Kise, den unpraktischen, sorglosen Dichter, mangelte es trotz aller Zuwendungen seiner Freunde nicht selten an diesem nötigen Material, seine Gedichtesentwürfe festzuhalten, und viele seiner Dichtungen, besonders auch seine herrlichen Aphorismen schied er im Hoffebens mit dem Bleistift, den er sich vom Kellner ließ, auf den Rand von alten Zeitungen nieder und brachte sie so zu den Redaktionen. Von dem französischen Dichter Gerard de Nerval (1806—1855), dem feinfühligsten Heberleyer deutscher Dichtungen, der in einer geheimnisvollen, nie völlig aufgeklärten Weise, vermutlich durch Nord- und Leben kam, wird erzählt, daß er sich oft in den Restaurants, in denen er speiste, die alten Zeitungen mitnahm, um auf ihrer Rückseite zu schreiben. So sah ein Teil seiner „Jahres-Überlegung“ in die Danderei gewandert sein. Wenn nicht an Papier, so doch an Geldern hat es Grabbe zeitweilig gemangelt; wenn man seinen Angaben trauen darf in dieser Beziehung. In seinem Schreiben an den Kronprinzen, späteren König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, heißt es: „Da übermannte mich die ausgelassene Lustigkeit, und ich schrieb mit einem abgehobenen Schwefelbalden, welches ich in Umarmung einer Feder in die Tinte tauchte, das Lustspiel nieder, welches ich als Probe meines Talentes hier beizulegen wage“.

Der Druck der Lichtstrahlen.

Daß das Licht einen Druck ausüben vermag, ist schon von Maxwell angenommen, und später von dem großen russischen Physiker Ledebef an seiner berühmten Wärmehülle nachgewiesen worden. Später hat dann der schweizerische Physiker Archenius diese Entdeckung dazu verwendet, um die eigentümliche Tatsache aufzuklären, daß die Schwärze der Kometen meist in die von der Sonne abgewandte Richtung gestreckt sind. Und hat er den Männen Gebanten ausgeprochen, daß durch den Lichtdruck tömige Kerne von einem Weltkörper auf einen andern hinübergelangen und dadurch das Leben im Weltall verbreitet sein könnte. Um winzige Körperchen müßte es sich freilich handeln, denn der Schwingung nach beträgt der Lichtdruck der Sonnenstrahlen auf einen ganzen Quadratkilometer der Erdoberfläche, wenn ihr die Strahlung ungehindert zuläße, noch nicht ein halbes Kilogramm. Der ganze Mond würde einen Druck von 6 Millionen Kilogramm erfahren. Das erscheint zwar an sich als ein sehr bedeutender Betrag, aber er verschwindet gegen die anderen im Weltraum waltenden Kräfte. So gar der Neptun, der äußerste der Planeten, wirkt auf den Erdenmond noch mit einer Anziehung von 3 Billionen Kilogramm.

Im Laboratorium war es bisher nicht gelungen, die Wirkung des Lichtdrucks genauer zu erforschen, da alle zunächst in Betracht gezogenen Körperchen noch bei weitem zu groß dafür waren.

Durften sie doch nur einen Durchmesser von etwa 1/100000 Zentimeter besitzen.

Nunmehr hat der Wiener Physiker Ehrenhaft höchst geistvolle Versuche angestellt, die nicht nur diese Schwierigkeiten überwinden, sondern sogar eine weitere überraschende Entdeckung von noch nicht abzuschätzender Bedeutung erröcht haben. Die kleinen Körperchen fand dieser Forscher in den Teilchen von verdampftem Gold, Silber oder Quecksilber. Die Verdampfung wird im elektrischen Lichtbogen erzielt, und die Ätzchen des Edelmetalls bleiben im Raum schweben. Durch einen feinen Apparat, der den Namen Lichtzange erhalten hat, wird in diesen Raum der Strahl einer Vogenlampe geleitet, dessen Energie dreihundertmal größer ist als die der Sonnenstrahlen, wie sie an der äußeren Grenze unserer Atmosphäre anlangen. Durch ein Mikroskop konnte nun Ehrenhaft auf genaueste beobachten, wie das Licht die winzigen Metallteilchen in der Richtung seiner Strahlen forttrieb. Es zeigte sich aber serner, daß schwerere Körperchen, wie die Verbrennungsteilchen einer Zigarette gegen sie bewegt, also schwebend vom Licht angezogen wurden. In manchen Fällen ließ sich geradezu wahrnehmen, wie die beiden Strömungen, mit den Lichtstrahlen und in entgegengegesetzter Richtung, sich gegenseitig bewegten. Auch die Kräfte, mit denen diese Bewegungen erfolgen, haben sich messen lassen, obgleich sie für unsere Begriffe unendlich klein erscheinen. Die Bewegung gegen das Licht hin ist eine vollkommen neue Tatsache und bisher noch durchaus rätselhaft. Durch sie wird aber erklärt, daß auch in der Kometenchwefel Strömungen erkennbar sind, die entgegen der Regel, der Sonne zugewandt sind.

Kann man von der Erde zum Mars telegraphieren?

Die Frage, ob zwischen Mars und Erde eine Verbindung, ein Gedankenkontakt möglich ist, ist oft aufgeworfen worden, und die Dichter haben sie in Phantasieromanen mehrfach behandelt. Der Leipziger Physiker Otto Wiewer hat sie nun jüngst in einem Vortrage gestreift, den die „Deutsche Revue“ veröffentlicht.

Damach scheint es, von rein physikalischen Standpunkte aus betrachtet, nicht ausgeschlossen, von der Erde eine Vorkasse zum Mars zu senden. Die elektrische Wellentelegraphie wäre es, deren man sich bedienen müßte. Die Reichweite der elektrischen Wellentelegraphie ist während der letzten Jahre ganz gewaltig gesteigert worden; sie arbeitet mit Strömen von vielen hundert Kilowatt; die Wellenlänge, die zum Senden der drahtlosen Telegramme nötig sind, gleichen dem Stampfwert einer Fabrik. Von Kopenhagen aus hat man die nach Tokyo, ja bis nach Temisa-Südwest-Asien telegraphieren können. Die Großstationen sind schon so weit gesehmen, daß Zeichen um das halbe Erdumfang gegeben werden können, und der von von Einrichtungen, deren Zeichen auf der ganzen Erde bemerkt werden können, ist nur noch eine rechtliche Frage. Bei genügender Vergrößerung aller Einrichtungen müßte man dahin gelangen, von der Erde nach einem anderen Orte unseres Sonnensystems drahtlos zu telegraphieren, etwa die Wellen bis zum Mars zu schicken. Man bräuchte dazu freilich Apparate, die nach dem gegenwärtigen Stande der Technik vielleicht eine Billion Markbelaste bedürfen müßten, ein Unternehmen, das allerdings mehr kosten würde, als man mit Aussicht auf Erfolg auf ins Werk zu setzen wagen dürfte. Wissen wir doch nicht, ob den Menschen weisensverwandte Geschöpfe auf den anderen Planeten unseres Sonnensystems wohnen, noch wohnen oder schon wohnen, und wenn sie es tun, ob sie gerade die Apparate hätten, um solche Zeichen wahrzunehmen und zu beschicken. Wissen wir doch auch nicht, ob unter den vielen elektrischen und magnetischen Störungen, die unsere Apparate anzeigen, auch solche sind, die von solchen Geschöpfen auf anderen Planeten ausgehen. Das könnten wir erst beurteilen, wenn wir alle vorhandenen Störungen reiflich zu erklären imstande wären.

Notizen.

Der Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur hält am Sonntag, den 8. Januar, 13 Uhr pünktlich, eine öffentliche Rundgebung über Zweck und Ziel des Verbandes im Vesting-Theater ab. Unter den Rednern ist Reichstagsabgeordneter Heinrich Schulz und Präsident Kießel.

„Das junge Deutschland“, die neue Gesellschaft, die sich die Pflege unangeführter Dramen zur Aufgabe gestellt hat, spendet jedem angeführten Dichter 1000 M. Die sonstigen Einnahmen sollen als Preise und Förderungen vergeben werden.

Das Staatsideeal im Wandel der Zeiten lautet das Thema einer Vortragsreihe, die Dr. Voegel am Freitag, den 4. Januar, 8 1/2 Uhr, im Humboldtbräu (Lanzenplatz 7) beginnt.

Töchter der Heluba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig.

Sie schreckte zusammen. Es hatte geklopft. Erschrocken sah sie nach der Tür.

Das Mädchen war es. „Gnädige Frau“, sagte die junge Person mit den blauen Augen und lächelnd, „ich wollte ja nur fragen, ob gnädige Frau etwas wünschen? Der Herr hat gesagt, wir sollen nachsehen, wenn's geht. Der Herr wollte nicht stören, gnädige Frau schliefen noch.“

„Ja schlief nicht.“ Die Frau sagte es förmlich verlegt: wie konnte er annehmen, sie schlief? Nur die Augen hatte sie geschlossen gehalten, als er noch einmal den Kopf in ihr Zimmer steckte.

„Der Herr läßt grüßen.“ sagte das Mädchen wieder. „Er ist in die Stadt gefahren. Es ist ein Brief gekommen heut morgen.“ Man sah ihr die Wichtigkeit an. „Geheesache“ stand drauf.

„Geheesache?“ Die Frau fuhr auf. Das Mädchen sah sie ganz mitleidig an. „Gnädige Frau sind immer gleich so ängstlich. Nein, was Schlimmes ist es nicht, der Herr war ganz vergnügt als er fortging.“

Vergnügt — er konnte vergnügt sein?! Ein etwas verbitterter Zug kam in das schmale Gesicht der Frau. „Soll ich jetzt das Frühstück heraufbringen?“

„Nein, danke, Emilie. Ich habe keinen Hunger.“ Das Mädchen zögerte noch. „Gnädige Frau, und dann ist die Frau Krüger unten. Sie wollte sehr gern den Herrn sprechen. Wir sind alle ganz aufgeregt. Wir meinen auch: er ist es!“

„Wer denn?“ Frau Berthold wandte kaum den Kopf; es war ihr ja alles so gleichgültig, sie war nur ärgerlich über die Störung.

„Nun, der Gustav, der Krüger ihr Sohn. Sie hat doch ewig lange nichts von ihm gehört. Nun hat sie 'n Bild unten, ein Bild von Gefangenen. Da ist ihr Gustav mit bei. Sie möchte es der gnädigen Frau auch gern mal zeigen.“

Gustav Krüger — nicht möglich?! Nun war Hedwig doch nicht ganz wahnhaft mehr. Sie verließ das Bett und wartete einen Morgenrock über. „Lassen Sie Frau Krüger heraufkommen.“ — — —

Die Krüger stand auf der Schwelle des Schlafzimmers.

Ihre in die Breite gegangene Gestalt und das ganz ergrante Haar ließen sie älter erscheinen, als sie in Wirklichkeit war. Man sah es ihr nicht an, daß sie erregt war. Ihre tiefe Stimme klang ruhig: „Sie haben ihn doch auch gefangen, Frau Berthold, schon als er noch 'n Junge war; er ist ja ungefähr in einem Alter mit Ihrem Heinz. Nu sehn Sie mal, is er das nicht?“ Rofch trat sie näher und hielt ein Blatt, das sie bis dahin in den Falten ihres Rockes gehalten, der andern dicht vors Gesicht.

Es war eine illustrierte Zeitung: „Deutsche Gefangene auf Korsika“ (nach einer englischen Aufnahme).

„Da ist er! Da, da!“ Die Krüger tippte mit dem Finger auf einen der Gefangenen. An dem Hintern dieses Fingers merkte man nun doch, daß sie erregt war. „Und so natürlich! So stand er immer: den Kopf vor, den Rücken 'n bißchen krumm. Ich hab immer gesagt: du mußt dir grabber halten.“ Die tiefe Stimme wurde leiser. „Und wenn er auch jetzt gefangen is, wenigstens kommt er doch wieder!“

Hedwig Berthold wurde verlegen. Sie hatte vergeblich in dem Gefangenen Gustav Krüger zu erkennen gesucht. In der Haltung mochte etwas Ähnliches sein. Das war aber auch alles. Die Gesichter waren sämtlich unklar, hellere Flecke; einer sah wie der andere aus. Sie schweig.

Der Blick der Krüger hob sich jetzt von dem Blatt und bohrte sich in ihr Gesicht. „Sie meinen doch auch, das is er?“

„Es wäre wohl möglich — es ist möglich“, verbesserte sich Hedwig rasch. Sie suchte nach Worten. „Es ist schwer, auf solchen Bildern mit Bestimmtheit jemanden herauszufinden. Ich kenne ja auch Ihren Sohn nicht so genau, wie Sie ihn kennen.“

„Ich bin die Mutter“, sagte die Frau kurz. Und dann, wie um sich selber noch mehr zu vergewissern, hielt sie sich das Bild dicht vor die Augen und trat dann, als sei es ihr noch nicht hell genug, ans Fenster.

Der Sommermenschlein stutete herein und umwoh die dunkelgekleidete Gestalt mit goldenem Geflimmer. So stand sie ganz regungslos ein paar Minuten mitten in der größten Helle und starrte in die illustrierte Zeitung.

Hedwig zog ihr Morgenkleid fester um sich, es fröstelte sie auf einmal, obgleich es heiß war: die Frau täuschte sich — sie täuschte sich sicherlich — aber wer konnte den Mut haben, ihr das zu sagen?!

„Also Sie meinen, er is es nicht!“ sagte plötzlich die Krüger und trat vom Fenster weg. Nun stand sie im Schatten im schwarzen Kleid mit blaßem Gesicht. Ihre Stimme war tonlos.

Hedwig wehrte: „Oh nein — ich meine ja nur — ich dachte — Sie müssen das natürlich besser wissen.“

„Ja weiß es.“ Die Stimme der Krüger hatte jetzt wieder Klang. „Das is mein Junge. Kein guter alter Junge!“ Sie preßte die Zeitung an ihre Brust. „Die Mutter täuscht sich nicht. Nein!“ Sie lächelte beruhigt, ganz überzeugt. Dieses Lächeln veränderte ihr breites, alltägliches Gesicht.

Hedwig wagte nichts darauf zu erwidern — die Krüger täuschte sich auch doch wohl nicht, eine Mutter erkennt ihr Kind nach so langer Zeit, und wo es auch ist. Sie hielt der andern die Hand hin. „Dann freuen Sie sich Frau Krüger. Aber warum hat Ihr Gustav nur so lange nichts von sich hören lassen? Das ist doch sehr unrecht von ihm.“

„Unrecht — unrecht!“ Die Frau grüßte. „Freilich unrecht. Aber wer sagt denn, daß er alleine unrecht hat. Ich hab auch unrecht gehabt.“ Sie trat Hedwig näher. „Ich will Ihnen sagen, Frau Berthold, warum der Junge so lange nicht geschrieben hat. Ich — ich bin schuld dran. Der Gustav hatte nämlich hier eine. Und als er von der Garnison nochmal hier war auf Urlaub, wollte er sich kriegstrauen lassen mit ihr. Sie war in der Hoffnung. Ich hab's nicht zugegeben. Der weiß, ob das Kind von dir is“, hab ich gesagt. Sie war eigentlich sonst ganz ordentlich — fleißig war sie — aber ich bitt Sie, Frau Berthold, man will doch nicht, daß 'n junger Mensch, der doch mal was hat, sich eine an den Hals hängt, die nicht is und nicht hat. Besonders hüßlich war se auch nicht und älter als er. Ich begreif ja den Gustav nicht —“ sie verbesserte sich rasch — „hab ihn nicht begriffen. Er is eben so anständig. Den ganzen Urlaub haben wir uns deswegen rungehakt. Is war schon nicht mehr schön. Zuletzt hatt' ich ihm die Sache doch ausgerebet. Aber froh is er nicht drüber gewesen. Am Morgen, als er fortmachte, hat er mir nicht mal die Hand gegeben. Und darum hat er auch nicht geschrieben — an keinen.“ Sie atmete tief auf: „Gott sei Dank, daß er lebt! Daß er nicht für immer von mir gegangen is im Bösen.“ Ihre Hände schlangen sich ineinander wie beim Weinen: „Gott sei Dank!“

Verfassung und Wahlrecht in den Bundesstaaten.

Eine Regierungsdenkchrift für die preussische Wahlrechtskommission.

Der Herr Ausschuss des preussischen Abgeordnetenhauses, dem die Verfassung und Verfassungsunterlagen überwiesen worden sind, hat — zu Verschleppungszwecken — von der Regierung alle möglichen Denkschriften und Materialien eingefordert. Die Regierung hat sich sehr beeilt, sie zu liefern. Die erste dieser Denkschriften über Verfassung und Wahlrecht in den deutschen Bundesstaaten ist bereits eingegangen. Sichtlich erfährt man aus ihr, was nachher jeder weiß, der die Verfassungsentwicklung in den deutschen Bundesstaaten verfolgt hat und was jedermann leicht erfahren kann, der die einschlägigen Gesetzestexte zur Hand nimmt, daß nämlich in den verschiedenen Bundesstaaten die verschiedenartigsten Wahlsysteme herrschen, und daß namentlich von den kleineren mander ebenso weit und noch reiser für eine gründliche Reform ist wie in Preußen. Es gibt kaum ein Wahlsystem, das nicht irgendwo in einem deutschen Kleinstaat ein bescheidenes Dasein fristet, und ein Student des Staatsrechts hätte hier viel auswendig zu lernen. Das Zweikammersystem besteht außer in Preußen noch in Baden, Bayern, Hessen, Sachsen, Württemberg und Elsaß-Lothringen. In einer Anzahl von Kleinstaat besteht ein verlapptes Zweikammersystem, in dem die beiden Kammern äußerlich zu einer zusammengezogen sind, deren Abgeordnete zum Teil gewählt, zum Teil ernannt oder nur von einigen Privilegierten gewählt werden. Das ist der Fall in Anhalt, Meckl. v. L., Meckl. J. L., in Braunschweig, Sachsen-Weimar, Schaumburg-Lippe, Schwarzburg-Sonderhausen, den Hansestädten usw. Der einzige Schluß, der sich aus der ganzen Dunttschichtigkeit unserer kleinstaatlichen Verfassungszustände ziehen läßt, ist der, daß ein eiserner Reformbefehl notwendig ist, der mit all diesen Verfassungstariitäten aufräumt.

Aufreizung zum militärischen Staatsstreich. Wo bleibt der Nord?

Die Alldeutschen sind mit der Entwicklung der Dinge in Preußen nicht zufrieden und deswegen fordern sie kurzerhand zur Revolution auf. Freilich nicht zur Revolution des Volkes, da wohl selbst bei ihnen kein Zweifel darüber besteht, daß noch nicht ein Lausendstel des deutschen Volkes sich für die alldeutschen Eroberungsziele gegen den Abschluß eines Verständigungsfriedens erheben würde. Sie fordern eine Revolution der Generale. „Wo bleibt der Nord?“ überstreift die „Deutsche Tageszeitung“ ihren von Fritz Hey verfaßten Leitartikel, der mit den Worten schließt:

„Wo bleibt der Nord, dessen die netvolle Zeit hangend und bangend wartet?
Ist nicht einer unter allen Paschaden?“

Die Erinnerung an Nord ist unabweisbar. Es werden hier die Generale aufgeföhrt, einfach über den Kopf der Regierung hinweg auf eigene Faust und nach ihren Grundgedanken mit dem Feinde zu verhandeln bzw. auch die Verhandlungen abzubrechen und den Krieg fortzusetzen. Was das bedeuten würde, bedarf keiner Auseinandersetzung. Nord hat es gewohnt und dem König seinen Kopf zu Füßen gelegt. Er befehlt ihm, weil er im Sinne der geistlichen Notwendigkeit handelt und das Volk hinter sich hatte. Der General, der auf die Aufreizung der „Deutschen Tageszeitung“ hin heute den Nord spielen wollte, würde erfahren, daß es bei ihm mit der hohen Stelle des zu Füßen gelegten Kopfes nicht das Betenden haben dürfte. Denn hinter ihm würde nichts weniger als Volkseinnahme oder geistliche Notwendigkeit, er würde doch nur als Werkzeug einer kleinen Schaar unzufriedener Eroberungspolitiker handeln.

Für die Charakteristik der Alldeutschen soll dieser Zwischenfall unergessen bleiben. Als die Revolutionsdrohungen des alldeutschen Generals J. D. von Gebfattel gegen Behnmann Holweg bekannt wurden, da leugnete die alldeutsche Presse, daß es sich um konkrete Drohungen gehandelt habe, es sei nur die Warnung des besorgten Patrioten vor der nicht mehr zu zügelnden Volkstun geweien. Ist der Ruf nach dem neuen Nord auch nur eine Warnung? Er ist eine ganz konkrete Drohung und Aufreizung zum militärischen Staatsstreich.

Tilly gegen Lichterfelde.

Zu den in der Presse verbreiteten Nachrichten über eine Eingabe der Nahrungsmittelstelle des Gemeindevorstandes Berlin-Lichterfelde teilt die Reichsstelle für Gemüse und Obst mit, daß die Vorsehung, der Widrigkeit einer ausreichenden Anzahl von Lieferungsverträgen über Gemüse für den Herbst 1918 werde eine Unmöglichkeit sein, unbegründet ist. Die einlaufenden Nachrichten lassen vielmehr erkennen, daß die Kommunalverbände und Großverbraucher auf diesem Gebiete bereits jetzt in umfangreicher Weise und mit mehr Erfolg tätig sind, als im vorhergehenden Jahre gegen Ende Februar. Dies bedeutet einen Vorsprung von fast zwei Monaten. Daß viele Anbauer den Vertragsabschluss von der Vereinstellung von Gemüsesamen und künstlichem Dünger abhängig zu machen geneigt sind, ist zutreffend. Als eine unentschuldbare Irreführung der öffentlichen Meinung würde es sich aber darstellen, wenn der Gemeindevorstand Berlin-Lichterfelde wirklich behauptet haben sollte, daß dank der Dispositionen der Reichsstelle für Gemüse und Obst beide Artikel (Gemüsesamen und künstlicher Dünger) vom Markt verschwinden seien. Es ist allgemein bekannt, daß infolge einer völligen Mangel der Mangel an Gemüsesamen verhängnisvoll zu werden drohte. In monatlichen Vermählungen ist es aber der Reichsstelle für Gemüse und Obst gelungen, diesen Mangel fast ganz zu beheben, so daß nur ausnahmsweise einmal ein Anbauer seinen Wunsch nach Vereinstellung mit Gemüsesamen nicht erfüllt sehen wird. Hierüber hätte der Gemeindevorstand Berlin-Lichterfelde sich leicht Auskunft einholen können. Ebenso mußte ihm bekannt sein, daß die Reichsstelle für Gemüse und Obst mit der Bewirtschaftung des künstlichen Düngers nichts zu tun hat, daß im übrigen die wichtigsten Sorten seit Kriegsbeginn für militärische Zwecke mit Vorkauf belegt sind. Dem Ernst der Zeit entspricht es nicht, wenn eine Kommunalbehörde mit derartigen irigen Angaben die öffentliche Meinung zu beeinflussen und auf diese Weise Maßnahmen, die im Interesse der Allgemeinheit notwendig sind, zu durchkreuzen sucht.

Soweit die Reichsstelle für Obst und Gemüse. Wir geben Herrn v. Tilly zu, daß er eine sehr kräftige Sprache

führt, die fast an die Tillys des Älteren heranreicht, und der Lichterfelder Gemeindevorstand dürfte in Erinnerung an das Schicksal Roggeburgs, das jenen Älteren Tilly zum Feinde hatte, zittern. Aber hinter diesen Kraftworten verbirgt sich in Wahrheit nichts als die Hilf- und Notlosigkeit des versagenden Systems Waldow. In der Wirklichkeit sehen die Dinge sehr viel anders aus, als sie Herrn v. Tilly an seinem grünen Tisch erscheinen, und trotz aller kategorischen Erklärungen verspüren die Beteiligten wirklich die vorhandenen Mängel. Solange die Innehaltung der Lieferungsverträge abhängig gemacht wird von Naturalgegenleistungen, zu denen die Gemeinden vielfach außerstande sind, muß das System versagen.

Traum und Wirklichkeit.

Ein Kriegsbeschädigter schreibt uns: „In der „Deutschen Zeitung“ phantasiert ein Ungenannter darüber, was geschehen würde, wenn durch ein Zauberwort unsere vor dem Feinde stehenden Söhne und Brüder auf einen Augenblick nach Berlin verlegt werden könnten“ und den vor dem Reichstag aufgestellten Scharen einige alldeutsche Heftfragen vorgelegt wurden. Der Verfasser phantasiert sich dann die Antworten der Feldgrauen zurück, die nach seiner Idee lauten werden: „Aus mit den Mehrheitsabgeordneten aus dem Reichstag“ und ähnlich und schreibt dann:

Die Männer, die diese Antwort erteilen, sind der Kern und die Kraft des deutschen Volkes. Ihre Stimme ist die maßgebende, nicht die der Herren Erzberger und Genossen.

Ja, aber mit Verlaub, die „Antworten“ sind doch nur der Traum des alldeutschen Verfassers. Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Die Probe, die die „Deutsche Zeitung“ anrichtet, ist bereits gemacht worden. Ich selbst war mit zugegen, als sich vor einigen Wochen in einem der größten Säle des Zentrums Berlins Tausende von Kriegsbeschädigten versammelten — diese nicht phantasierten, sondern echten Kriegsteilnehmer von Fleisch und Blut stimmten ab — aber ganz anders, als es in der „Deutschen Zeitung“ steht — denn sie stimmten einmütig eine Protestresolution gegen das Treiben der Alldeutschen und der Vaterlandspartei. ... Die Männer, die diese Antwort erteilen, sind der Kern und die Kraft des deutschen Volkes. Ihre Stimme ist die maßgebende ... Sehr richtig. Aber sind die nur in der Phantasie eines Alldeutschen bestehenden Kriegsteilnehmer maßgebend oder die wirklichen? Doch sicher die wirklichen! Aber alsdann — warum erlaubt sich die „Deutsche Zeitung“ noch immer zu reden, nachdem experimentell festgestellt ist, daß die Meinung der für sie allein maßgebenden Kriegsteilnehmer gegen sie steht?“

Bevorzugung der Vaterlandspartei.

Aus einer kleinen Anfrage des Abg. Stubbe (Soz.) erfährt man, daß der preussische Kriegsminister eine Verfügung erlassen hat, wonach die Deutsche Vaterlandspartei nicht als politischer Verein im Sinne des § 49 Abs. 2 des Reichsmilitärgesetzes angesehen werden kann und demnach keine Vereinstellung vorliegt. Militärpersonen den Beitritt zur Deutschen Vaterlandspartei zu verbieten.

Diese Verfügung ist auffällig, weil allgemein Militärpersonen die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen nachdrücklich verboten wird, wie beispielsweise der stellvertretende Kommandierende General des 9. Armeekorps es verboten hat, im Heer und in der Marine Mitglieder für politische Vereine, namentlich Wahlvereine, zu werden. Die Verfügung ist auch sachlich unbedeutend, weil die Deutsche Vaterlandspartei als eine ausgesprochene politische Kampfpartei gegen die Mehrheitspartei des Reichstages gegründet worden ist und deshalb beförderlicherseits nicht anders behandelt werden darf als diese.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß der bayerische Kriegsminister auf eine Anfrage des Abg. Müller-Meinungen geantwortet hat, daß er die Vaterlandspartei nicht anders behandle als andere politische Parteien.

Neine Anfragen. Aus dem neuen Verzeichnis der beim Reichstag eingegangenen Keinen Anfragen seien folgende hervorgehoben: Das Landgericht 1 Berlin hat eine Klage auf Schadenersatz wegen verweigerten Abhelfens abgewiesen und das erstinstanzliche Urteil des Gewerbegerichts aufgehoben, weil das Gewerbegericht für derartige Klagesachen unzuständig sei. Eine Anfrage des Abg. Märken (Soz.) hebt hervor, daß durch dieses Urteil einem großen Teil der Arbeiter der Rechtsboden entzogen ist und fragt den Reichsminister, was er zu tun gedenkt, um diesen Unbehau zu beseitigen. — Nachrichten aus dem Lande zufolge wird angesichts des Wohnungsmangels von den Behörden vielfach die Benutzung der Dach- und Keller Räume zu Wohnzwecken wieder zugelassen. Ein gemeinsamer Erlaß der preussischen Minister des Innern und der öffentlichen Arbeiten vom 6. Oktober 1917 (den wir hier wiedergeben. Red. d. „Soz.“) weist zwar auf das Bedenliche solcher Wiederzulassung hin, will sie aber für eine Uebergangszeit nicht ausschließen. Der Abg. Silberstein (Soz.) fragt an, was der Reichsminister auf Grund Artikel 4 Ziffer 15 der Reichsverfassung zu tun gedenkt, um dieser die Gesundheit des gesamten Volkes gefährdenden Entwicklung vorzubeugen.

Wie es in den Kram paßt. In einer Verteidigung der Monarchie gegen die weissen Demokraten rechnen die Berliner Neuesten Nachrichten“ der Monarchie auch als besonderes Verdienst das Friedensangebot vom Dezember 1916 an. Als das Friedensangebot erging, da wurde es in der alldeutschen Presse keineswegs als Verdienst, sondern als eine Niederlage Deutschlands bezeichnet. Wie's trefflich!

Wenig verzichtet. Wir berichteten bereits, daß der antisemitische Kandidat für Bauhen-Ammen, Glasermeister Wehlich, von seiner eigenen Organisation auf den Sand gesetzt worden ist. Nunmehr gibt er das Rennen auf und hat nach einer Stellung konservativer Blätter seine Kandidatur endgültig niedergelegt.

Staatsmonopole in Rußland.

Der folgende Aufsatz behandelt Monopole in der Regierungskreis macht aber einige Notizen für die sensationelle Einführung des Vankimonopols durch die Volkswirtschaft. Dieses Vankimonopol — dem eine Monopolisierung der Lebensversicherung folgen soll — erscheint als ein Glied in einer umfassenden Monopolisierung wichtiger Gewerbe, zugleich als ein Mittel zur Ueberwindung privatskapitalistischer Widerstände. Wie viel sich von dem Wert der Volkswirtschaft in nächster Zukunft erhalten wird, ist ungewiß; sicher ist ihnen nur der Ruhm, wie sie in der Politik und in der Finanzwirtschaft mit revolutionärer Energie neue Wege gemahnen haben.

Neben der Bewirtschaftung zureichender Lebensmittel und Rohstoffe, wie sie auch in anderen kriegführenden Staaten stattfindet, hat die provisorische Regierung Rußlands seit ihrem Bestehen drei

regelmäßige Staatsmonopole eingeföhrt. Es handelt sich in allen drei Fällen um Handelsmonopole, und zwar für Getreide, Kohle und Zucker. Am kräftigsten war ursprünglich die Durchführung des noch im März beschlossenen Getreidemonopols gedacht. Das gesamte Korn, das damals vorhanden und jedes Korn im Haum, wurde als zur Verfügung einzig und allein des Staates stehend proklamiert. Der Ankauf und die Sammlung des Getreides wurde lokalen Ernährungscomittees übertragen, und die Verteilung lag besonderen Organisationen in Petersburg und in den Provinzen ob. Das Prinzip der öffentlichen Bewirtschaftung wurde dadurch gewahrt, daß das Getreide ausschließlich in die Hände der kommunalpersönlichkeiten gelangen durfte, mit Ausnahme natürlich des Teiles, der für die Versorgung der Armee bestimmt war. Die Kaufleute wurden gänzlich ausgeschlossen. Um das Getreide auf den Markt heranzulassen, sah sich die Regierung im September gezwungen, die Uebernahmepreise generell zu verdoppeln. Dieses beweisende Mittel, wogegen sie sich die ganze Zeit gekräubt hatte, scheint indessen wenig geholfen zu haben. Die auf die Getreideausfuhr angewiesenen Gebiete und Städte leiden noch wie vor infolge unzureichender Versorgung.

Auch das Kohlenmonopol entsprang der Notwendigkeit, die Regelung der Verteilung herbeizuföhren. Das am 14. August in Kraft getretene Monopolgesetz sieht die Errichtung einer Centralstelle in Charkow vor, die über die gesamte Kohlenproduktion zu verfügen hat. Monatlich wird ein Verteilungsplan ausgearbeitet, der dann den Hohen bekanntgegeben wird. Den Hohen wird angewiesen, an wen sie im nächsten Monat zu liefern haben. An erster Stelle haben die Eisenbahnen, dann die Kriegsindustrie Anspruch, befristet zu werden, während für die privaten Verbraucher recht wenig übrig bleibt. In Rußland ist eben das Holz noch immer das wichtigste Heizungsmaterial.

Das dritte Monopol, das Zuckermopol, wird dagegen ausschließlich aus rein fiskalischen Gründen eingeföhrt (die Zuckerproduktion ist unbedeutend). Die Rolle, die der Staat dabei übernimmt, beschränkt sich darauf, daß der von den Fabriken erzeugte Zucker aller Art, sowie der etwa aus dem Ausland eingeföhrt Zucker vom Staate übernommen und an den Großhandel zum Vertrieb weitergegeben werden soll. Dabei sollen die Genossenschaftsorganisationen bevorzugt werden. Da die Uebernahme und der Absatz des Zuckers zu festen Preisen zu geschehen hat, so werden die Großhändler und die sonstigen Vermittler einer bestimmten Provisionsatz empfangen. Im Hinblick darauf, daß zurzeit noch weitere Monopole vorbereitet werden, so z. B. für Rändhölzer, Tabak, Tee usw., wird die Errichtung von staatlichen Verkaufsstellen, wie dies früher mit den Schnapsläden der Fall war, für spätere Zeit in Aussicht genommen. Dann soll der Handel gänzlich ausgeschlossen werden. Der Reinertrag des Zuckermopols wird schon für das nächste Jahr in Höhe von einer Milliarde Rubel (inklusive der Abgabe) erwartet. Dadurch soll auch eine sehr wesentliche Vereinerung des Zuckers in Kauf genommen werden. Der Preis wird nach Gebieten verschieden — indessen in von der Regierung von vornherein bestimmten Grenzen — festgesetzt. So wurde er jetzt für Feinzucker zwischen 60 Kopeken und 140 Kopeken und für Würfelzucker zwischen 1 Rubel und 150 Kopeken für ein russisches Pfund (400 Gramm) festgesetzt. Das Zuckermopol tritt am 1/14. November in Kraft.

Im Wege allen Monopolen steht jedoch die Frage der Beschaffung der Umsatzmittel. In den ersten Monaten haben sich die Banken bereit erklärt, das Getreidemonopol finanziert zu helfen, wozu Milliarden erforderlich sind. Im Laufe der Zeit, mit der zunehmenden Anordnung, vornehmlich aber dadurch beeinflusst, daß die Revolution immer weitere wirtschaftliche Ziele sich zu stellen schien, wieserte sich der Widerstand der Banken, so daß die Regierung immer mehr in die Enge getrieben wurde. Schließlich blieb ihr beinahe nur die Notendruck allein zur Verfügung, doch verschlimmerte jede neue Emission von Papiergeld die ohnehin traurige Lage. Jetzt, nach langem Hin und Her, wurde für das Getreidemonopol ein Kompromiß mit den Banken abgeschlossen. Der ganze Kauf des Getreides, allerdings zu festen Preisen, wird wiederum den Kaufleuten übertragen, so daß der frühere Handelsverkehr von neuem in Tätigkeit tritt. Nur die Verteilung wird behördlich bestritten. Diese Nachgiebigkeit der Regierung rief natürlich auf Seiten der Demokraten Anzuerkennung hervor, die noch fortzu bestehen scheint. Während beim Kohlenmonopol die Sache viel einfacher liegt, stellen die Banken beim Zuckermopol der Regierung die ultimative Forderung wegen Beibehaltung des Handelsapparats, was auch von der Regierung gutgeheißen wurde. Allerdings müßte jeder Versuch eines vollkommen vom Staate gehandhabten Monopols von vornherein an dem Mangel an geeigneten Kräften, an dem Fehlen eines einigermaßen betriebsfähig funktionierenden Regierungsapparats scheitern. In den letzten Tagen brachte der Druck Verteilungen von neuen bereits beschlossenen Monopolen — auf Tee und Rändhölzer. Einige Zeit vorher überließ sich der Staat 50 bis 60 Proz. der Beteiligung an den drei bestehenden Elektrizitätsgesellschaften Rußlands: der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Siemens und der „Gesellschaft vom Jahre 1888“. Die Staatswirtschaft der jungen Republik nimmt gewaltige Dimensionen an, sie tritt damit in die Höhe schwerer Konflikte mit dem Privatkapital ein.

Letzte Nachrichten.

Ausföhlen verhaftet.

Petersburg, 2. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ausföhlen, einer der Organisatoren der Auferstehung, der sich in Petersburg verborgen hielt, ist in seiner Privatwohnung verhaftet worden.

Einigung der Sowjets mit der Naba?

Petersburg, 2. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach Mitteilungen der Abordnung, die von Kiew zurückgekommen ist, um den Bruch zwischen der Macht der Sowjets und der Naba freundschaftlich beizulegen, wird die Möglichkeit festgestellt, daß der Bruch freundschaftlich beigelegt wird unter dem Gesichtspunkte der Einrichtung einer neuen Naba der Sowjets, wobei ihr Einfluskreis mehr erweitert wird. Die Zentralrada beabsichtigt, das Ultimatum des Rates der Volkskommissare zu erfüllen, vorausgesetzt, daß die Ukraine mit Geld versorgt wird und ein amfisches Dekret die Republik der Ukraine anerkennt. Wie die Abgesandten sagen, wird die Ukraine die Getreideausfuhr nach Groß-Rußland nicht sperren.

Rußland gibt Finnland frei.

Petersburg, 1. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In seiner Antwort auf das Ersuchen der finnlandischen Regierung bezüglich der Anerkennung der Unabhängigkeit der finnlandischen Republik bringt der Rat der Volkskommissare in voller Uebereinstimmung mit dem Grundgesetz der freien Selbstbestimmung der Nationen im ausführenden Hauptauschuss folgendes in Vorschlag:

1. Anerkennung der politischen Unabhängigkeit der finnlandischen Republik.
2. In Uebereinstimmung mit der finnlandischen Regierung Einsetzung eines Sonderauschusses von Vertretern beider Parteien zur Ausarbeitung derjenigen Maßnahmen, die sich aus der Trennung Finnlands von Rußland ergeben.

Gewerkschaftsbewegung

Erklärung der Unternehmerorganisationen.

Bezeichnend für die organisatorische Erklärung der Unternehmerorganisationen selbst in der Kriegszeit sind die Vorgänge in der Brauindustrie. Nach dem Tätigkeitsbericht des Deutschen Brauerbundes (Unternehmerverbandes) sind dem Bunde im Geschäftsjahr 1916/17 noch 234 einzelne Brauereien beigetreten; über 100 Brauereiverbände gehören ihm als korporative Vereine an. So ist die Tatsache festzustellen, daß der Brauerbund das gesamte Braugewerbe, vom größten bis zum kleinsten Betriebe, mit den Hunderttausenden in ihm schaffenden Männern und dem in ihm arbeitenden nationalen Werte im Werte von 3 bis 4 Milliarden Mark vertritt. Mit dieser vollen, reiflichen Umfassung der Gesamtheit eines größten deutschen Industriezweiges steht der Deutsche Brauerbund einzig da im deutschen Wirtschaftsleben.

Die Zahl der Angestellten des Bundes stieg infolge der ausgedehnten Kriegswirtschaftlichen Tätigkeit von 16 am Anfang des Krieges auf 104 Mitte Oktober 1917. Der Bund hat durch seinen Anschluß an den Bund der Industriellen sich einen starken Rückhalt geschaffen; er verlangt auch eine Vertretung im „Deutschen Industriekongress“, um namentlich für die Lebensvorgänge und für die spätere Gestaltung der Produktions- und Handelsbedingungen die Interessen des Braugewerbes wahren zu können.

Natürlich wird die so starke Unternehmerorganisation auch bei zukünftigen Lohnfragen ihr gewichtiges Wort mitreden wollen. Anzeichen dafür sind schon vorhanden. In Versammlungen des Bundes ist schon darauf hingewiesen worden, daß die von den Arbeiterorganisationen angestrebten Lohnsteigerungen erste Aufmerksamkeit erfordern. Die Lohnfrage soll in einer Zentralstelle, im Vorkauf-Verband für Brauereien, bearbeitet werden. Die Unternehmer halten die während der Kriegszeit zugebilligten Lohnsteigerungen nur für vorübergehend; sie hoffen auf eine Preisrückgang der meisten für den Lebensunterhalt notwendigen Gegenstände, und denken damit sicher auch eine Kürzung der Löhne vornehmen zu können. Soweit diese Hoffnungen sich erfüllen werden, sieht noch sehr dahin. Jedenfalls haben die Arbeiter — und zwar nicht nur in diesem Gewerbe, sondern in allen Industrien — ein großes Interesse daran, für eine Stärkung ihrer Organisationen sehr bedacht zu sein und nicht etwa, schlechten Beispielen folgend, durch organisatorische Zersplitterungen ihre wirtschaftliche Kraft zu schwächen.

Wilhelm Köpfel, der zweite Vorsitzende des Deutschen Textilarbeiterverbandes, ist, wie das Verbandorgan „Der Textil-Arbeiter“ auf Grund bestimmter Mitteilungen aus dem rumänischen Kriegsgefangenenlager Epote berichtet, bereits am 21. Februar 1917 dort verstorben.

Mit Köpfel ist ein Mann dahingegangen, der sich nach jeder Richtung hin vortrefflich entwickelt hatte und noch zu großen Hoffnungen berechtigte. Bekannt ist sein Wirken in der internationalen Vereinigung der Textilarbeiter. In seinem Wohnort Pöchlberg hatte er ein Stadtverordnetenmandat inne, dem er mit großem Eifer oblag. Der grausame Krieg hat nun seinem ferneren Wirken für immer ein Ziel gesetzt.

Das Buchdruckgewerbe und der Krieg.

Inwiefern die lange Dauer des Krieges auch das Arbeitsverhältnis im Buchdruckgewerbe beeinflusst hat, zeigt eine interessante Betrachtung im „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“. Darin wird betont, daß nur wenig mehr als 80 000 Gebildeten noch in ihrem Beruf tätig sein werden, während etwas über 50 000 Verbandsmitglieder sich beim Militär befinden; ungefähr 10 000 aber konnten als Entlassene oder Wehrtaube in der schweren beruflichen Heimarbeit wieder tätig sein. Der Gehilfenmangel ist fast nur durch weibliche Personen gedeckt worden, die meistens am Handlag und auch häufig an Schmarbinnen anzutreffen sind. Ende Oktober waren bereits 8172 Frauen und Mädchen in den Buchdruckerbetrieben als Schülferinnen tätig. Bis zum Jahresabschluss wird indessen nur noch mit einer kaum nennenswerten Vermehrung dieser Zahl gerechnet, denn die Hoffnung auf die Frauenarbeit im Buchdruckgewerbe hat sich nach mancherlei Ausflügelungen, namentlich auf der Tagung des Tarifausschusses, als übertrieben herausgestellt.

Dagegen ist in starkem Maße ein neuer Ansturm an Verträgen zu verzeichnen, so daß für die Ausbildung dieser Kriegsteilnehmer die irrtümlichsten Bedenken geltend gemacht werden.

Daß der „Korrespondent“, der trotz der langen Dauer des Krieges immer noch dreimal in der Woche erscheint, wie alle Gewerkschaftsblätter sich in Bezug auf seinen früheren Umfang erhebliche Beschränkungen auferlegen mußte, sei nur nebenbei erwähnt. Die Auflage ist indessen erfreulicherweise gegenüber 1916 fast die gleiche geblieben.

Die „Dachdecker-Zeitung“, bisher Wochenblatt des Zentralverbandes der Dachdecker Deutschlands, kann wegen Papiermangels und Verteuerung der Herstellungskosten vorläufig nur noch alle 14 Tage erscheinen. Redaktion und Zentralvorstand hoffen, daß diese Einschränkung bald vorüber geht und in nicht allzu ferner Zeit wieder zur wöchentlichen, später auch wieder zur achttägigen Ausgabe geschritten werden kann.

25 Jahre Verbandsangestellter.

Der Vorsitzende des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Georg Wollmann, kam am 1. Januar 1918 auf eine 25jährige Tätigkeit als Angehöriger des Verbandes zurück. Das Verbandsorgan „Die Zentrale“ bringt in ihrer Nummer vom 28. Dezember des alten Jahres einen die ansperrungsreiche Tätigkeit des Jubilars ehrenden Artikel des Verbandsvorstandes und der Verbandsrevisoren, in welchem seiner Verdienste für die Organisation anerkannt gedacht wird.

Einen außerordentlichen Verbandstag beruft der Deutsche Arbeiterverband für den 26., 27. und 28. Februar d. J. nach Hamburg. Auf der Tagesordnung steht u. a. neben den üblichen geschäftlichen Angelegenheiten auch die Regelung der Lohnfrage.

Beschäftigung Heeresentlassener

Wir lesen in der soeben erschienenen neuesten Nummer des „Kriegsamt“ als eine Mitteilung der Kriegsamtsstelle Münster:

Die starken Anforderungen, die der Krieg an die Industrie stellt, machen es erforderlich, ihr die Facharbeiter, die zunächst zum Heeresdienst einberufen waren, bald wieder zurückzugeben. Es ist anzunehmen, daß heute fast jedes für die Kriegswirtschaft in Anspruch genommene Werk über seinen alten Stamm an Qualitätsarbeitern wieder verfügt. Wenn trotzdem gegenwärtig die Nachfrage nach Arbeitern noch eine sehr große ist, so findet das seine Erklärung darin, daß einmal die Fabriken vielfach über ihren früheren Umfang hinaus beschäftigt sind, andererseits die Heeresentlassene ein allmähliches Heranzutreten der kriegswirtschaftlichen Arbeiter erforderlich macht. Im unverständlichen ist es, daß eine Anzahl großer und größerer Werke mit den Arbeitskräften eine Verschwendung treibt, die im Interesse des Heeresdienstes unbedingt vermieden werden muß. So werden wiederholt Arbeiter, die von den Arbeiterannahmestellen der Werke für einen Teilbetrieb angenommen werden, wieder entlassen, weil sie sich den Anforderun-

gen der Arbeit, für die man sie annahm, nicht gewachsen zeigen. Anstatt nun innerhalb des Werkes eine anderweitige Beschäftigungsmöglichkeit oder eine Umstellung zu erwägen, kündigen die Werke derartigen Arbeitskräften. Es liegt hier zweifellos ein bedauerlicher Mangel in der Organisation vor, der den Werken selbst zum Schaden gereicht, weil ihnen auf diese Weise manche brauchbare, wenn auch an anderer Stelle verwendbare Arbeitskraft verloren geht, auch mit Rücksicht darauf, daß die Industrie immer mehr zur Herausgabe der jungen W. Arbeiter gezwungen wird.

Ein derartiges Abstoßen von Arbeitskräften wirkt aber besonders veräussernd und beunruhigend, wenn es sich bei den zurückgewiesenen um einen Kriegsteilnehmer oder Kriegsbefähigten handelt, die sich meist bei ihrer alten Betriebsabteilung gemeldet haben, und nun häufig die Erfahrung machen müssen, daß sie infolge der mitgemachten Strapazen usw. den Anforderungen nicht mehr gewachsen und gezwungen sind, andere zuträglichere Arbeit zu suchen.

Die militärischen Stellen, denen nicht allein die Sorge um die Leistungsfähigkeit der kriegswirtschaftlichen Betriebe, sondern auch die Verantwortung obliegt, für eine ökonomische, die Heeresinteressen fördernde Ausnutzung der Arbeitskräfte sowie die Pflicht für Arbeitsgelegenheit unterer aus dem Kriege vorzeitig entlassener Arbeiter zu sorgen, können solchen Verfahren nicht teilnahmslos zusehen.

Auf Anregung der Kriegsamtsstelle Münster hat daher das Stellvertretende Generalkommando VII. Armeekorps veranlaßt, daß die Bezirkskommandos und die auf den größeren Werken eingerichteten militärischen Kontrollstellen alle jene Fälle aufklären und zur Sprache bringen, wo ein zur Arbeit überwiefener oder in Zugang gekommener Wehrpflichtiger (insbesondere ehemaliger Werkangehöriger) aus nicht sichhaltigen Gründen abgemiesen oder nach einigen Tagen wieder entlassen wird, ohne daß die Möglichkeit geprüft wurde, ob der betreffende nicht an anderer Stelle im Werk seinen Platz ausfüllen könnte.

Dieses „veräussernde und beunruhigende“ Abstoßen von Arbeitskräften wird schon heute in der Zeit des Arbeitermangels geübt. Der Dank der Unternehmer für die Kriegsbefähigten und sonstigen Heeresentlassener hat ein eigenartiges Gesicht. Daß es anders aussehen würde, haben wir gar nicht erwartet. Deshalb ist ja auch in den sozialpolitischen Forderungen des Würzburger Parteitags verlangt worden, daß durch eine Zwangsstrafe den Unternehmern die Pflicht zur Einstellung von Kriegsbefähigten auferlegt werden müsse und daß den Kriegsteilnehmern nach Möglichkeit die Wiedereinstellung in den alten Betrieb zu sichern sei. Paritätische Schlichtungsstellen sollen über die Voraussetzungen der Wiedereinstellung entscheiden.

Was auf Grund der gemachten Erfahrungen vom Parteitag als notwendig erkannt wurde, findet hier seine gewissermaßen amtliche Begründung. Sie wird fraglos nicht unbeachtet bleiben; wie man treibt, so geht. Wir denken uns den Dank für die, die da drüben standen, anders, als es bei einem Teil der Unternehmer der Fall ist. Und wir wollen auch dafür sorgen, daß den nur auf ihren Profit bedachten und aus dem Vollen wirtschaftenden Unternehmern geleglich klargemacht wird, daß für die Unterbringung der Kriegsteilnehmer und Kriegsbefähigten keine Profitinteressen maßgebend sein dürfen und können.

Parteinachrichten.

Kautsky über seine Entlassung.

Als sich der Parteivorstand nach langem Zaudern zur Hüberwindung der „Neuen Zeit“ und „Gleichheit“ in sozialdemokratische Blätter entschloß und die Kautsky, Barm und Zeitin entließ, da konnten die „Gemasregelten“ und ihre Freunde nicht genug über den „rohen Gewaltstreich“ jammern. Da lobt es sich doch Karl Kautsky's Meinung über das Verhältnis der Redakteure zu den „Parteiinstanzen“ zu vernehmen, als er nicht Gemasregelter, sondern bloßer Zuhörer war. Im Jahre 1905 schrieb er anlässlich des „Vorwärts“-Konfliktes in der „Neuen Zeit“:

Der Journalist muß in seinem Blatte logisch sagen reden über die vorliegenden Thematika, deren Auswahl ihm keineswegs freisteht. Wie nun, wenn seine Anschauungen von denen seiner Auftraggeber abweichen, erheblich, dauernd abweichen? Er spricht doch nicht in seinem Namen — als solcher kann und muß er völlig frei reden — er spricht im Namen der Partei oder doch einer ihrer Organisationen. Hat er ein Recht darauf, im Namen der Organisation, mit Benutzung der Mittel dieser Organisation gegen diese selbe Organisation zu wirken? Diese Auffassung des Rechts auf freie Meinungsäußerung würde den Journalisten zum selbständigen Herrn der Disposition der Organisation machen, als deren Diener er eingesetzt wurde.

Da man ihm aber, namentlich in wichtigen Dingen, nicht ein Schweigegebot auferlegen kann, so bleibt nichts anderes übrig, als der Organisation das Recht zuzusprechen, den Journalisten zu entlassen, wenn er eine Anschauung vertritt oder in einer Weise vertritt, die im Gegensatz steht zu den Überzeugungen der Organisation. Damit wird ihm nicht das Recht genommen, seine Meinung in der Partei ebenso frei zu äußern wie jeder andere Genosse, es wird ihm nur das Vortrecht genommen, seine Meinungen als die der Partei an hervortragender Stelle mit den Mitteln der Partei zu veröffentlichen.

Aber das Recht, den Journalisten zu entlassen, wenn seine Verurteilung eine solche ist, daß sie den Zwecken der Organisation nicht entspricht, denen er dienen soll, dieses Recht muß der Organisation vorbehalten, soll sie die Gewächse haben, daß die Organ auch jenseits das ihre ist und nicht das Zentralorgan einiger Journalisten. Die Handhabung dieses Rechts muß mitunter Härten nach sich ziehen, Härten, die um so unangenehmer empfunden werden, wenn sie fleißige, fähige, gewöhnliche Arbeiter bloß über besondere Überzeugungen wegen treffen. Je mehr man diese Härten vermeiden kann, um so besser; ich möchte hier keine Katastrophentheorie predigen. Aber die Scheu vor diesen Härten darf nicht dazu führen, den Parteijournalisten ein Anrecht auf ihre Stellen zu verleihen, darf ihnen nicht ein Vortrecht ohne entsprechende höhere Pflichten geben.

Was im Jahre 1905 billig war, kann im Jahre 1918 nicht unbillig gewesen sein. Der Parteivorstand konnte sich nach seiner Rechtfertigung durch Parteiauswahl und Parteikonferenz nicht länger bloßstellen und seine Politik obstruieren lassen.

Diese Worte der Begründung.

Der Heberherr der Reichstagsabgeordneten Brände, Dr. Erdmann, Hüttemann und Jäckel zur Partei der Unabhängigen ist von der „Vespiger Volkszeitung“ als „ein glühender Feind“ für die Partei, als „ein Beweis ihrer steigenden Bedeutung und des Erwachsens ihrer Kraft“ gefeiert worden. Ganz anderer Ansicht ist das Wochenblatt der Stuttgarter Unabhängigen. Es verhöhnt den „himmlischen Schwanz“, der die Leipzigerin über die Unwissenheit und Realitäten des irdischen Lebens im Gleichgewicht wegzug, und meint bisfa. „Iver 40 Monate mit einer Partei zusammenging, deren Politik sich von der unferigen wie Tag und Nacht unterscheidet, dem können wir kein Vertrauen mehr schenken.“ Das Blatt läßt aber die Frage unbeantwortet, wieviel Monate des Zusammengehens mit „einer Partei,

deren Politik sich von der unferigen wie Tag und Nacht trennt“, ohne Erschütterung des Vertrauens denn erlaubt sind. Bekanntlich haben die unabhängigen Abgeordneten oft diese Schuld auf sich geladen, der eine mehr, der andere weniger Monate hindurch. Treten seiner neuesten Bundesgenossen unterstellt das Stuttgarter Wochenblatt jedoch weiter, daß sie lediglich aus Furcht vor der Opposition in den Gewerkschaften, deren Angestellte sie sind, die Flage gemischt haben. Ins Gesicht wird den dreien gelegt, daß ihnen die politische Charakterfestigkeit fehle. Wenn sie aus innerer Überzeugung 40 Monate mit den Scheidemannern zusammengingen, dann sei keine Brücke vorhanden, die die Kluft zwischen Nationalsozialismus und radikalem Marxismus aus der Welt schaffen könnte. Waren sie aber mit dem Herzen auf der linken Seite und optischen Grundfeste dem Högen Disziplin, so werden sie der Arbeiterklasse die Gewähr bieten können, daß sie in künftigen Sturmzeiten die rote Fahne unbesetzt hochhalten werden.“ Die Ansicht ist ganz falsch, daß die Vergrößerung der Reichstagsfraktion politischen Machtzuwachs bedeute. „Ob vier Mann mehr oder weniger die Kriegskredite ablehnen, ist für die Weltgeschichte sehr unbedeutend.“ Viel wahrscheinlicher sei, daß die Reichstagsfraktion durch den Zuwachs schwankender Gestalten an Stöckkraft einbüßt. Und sie ist so wie so nicht mit proletarischer Kampfergie und Zielstrebigkeit überladen.“

Das ist weder für den Zuwachs noch für den Stamm der Fraktion der Unabhängigen besonders schmeichelhaft.

Pregerfolge.

Unser Dresdener Bruderblatt, die „Vollmacht“, zählt bereits 50 000 Abonnenten. In etwa 14 Tagen stieg die Zahl ihrer Leser von 45 000 um weitere 5000. Unter der Gesamtzahl befinden sich nicht weniger als 8000 Feldabonnenten! Diese aufsehenswerten Zahlen zeigen jedoch noch keineswegs genügend die große Verbreitung des Arbeiterblattes. Fast jedes Exemplar findet, wie stets bei sozialdemokratischen Zeitungen, mehrere Leser. Man schätzt somit die Zahl der direkten Leser, ganz abgesehen von den Familien, mit 200 000 keineswegs zu hoch.

Diese stolzen Ziffern beweisen den Einfluß des Blattes und ebenso unüberleglich die Stimmung der Volksmassen für die Sozialdemokratie. Unser Kölner Parteiorgan, die „Achtung Zeitung“, muß mitteilen, daß es neue Abonnenten nicht mehr aufnehmen kann, weil die ihm zur Verfügung stehende Papiermenge dies nicht mehr zuläßt.

Industrie und Handel.

Zwischenschreitende Konzentration der Banken.

Die Commerz- und Diskontobank soll die Verschmelzung mit dem Chemnitzer Bankverein (Aktienkapital 18 Millionen Mark) betreiben. — Der Bankier Hilger in der Firma Alwin Hilger & Co. in Duisburg tritt in die Direktion der Dresdener Bank ein, behält aber die Leitung seines früheren Unternehmens. — Die Reichsbank in Reusdorf i. Sa. beruft eine außerordentliche Generalversammlung, die über die Erhöhung des Aktienkapitals um 400 000 M. auf 1 Million Mark beschließen soll. Die neuen Aktien übernimmt ganz die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, die wieder der Diskontogesellschaft nahesteht. Hierdurch soll ein engeres Freundschaftsverhältnis zwischen beiden Instituten hergestellt werden.

Staatlicher Eingriff im englischen Kohlenbergbau.

Der englische Kohlenbergbau, der sich bis zum Beginn des Krieges einer weitgehenden Freiheit erfreute, ist dieser staatlichen Freiheiten infolge des Krieges zum großen Teil verlustig gegangen. Die Ursachen dieser Entwicklung sind kurz folgende:

Die Kohlenpreise stiegen vom Beginn des Krieges bis zum Herbst 1916 um circa 200 Proz. So z. B. die Gasfoble von Durham von 18 Sch. auf 40 Sch. Die fast organisierten englischen Bergarbeiter verlangten nun den Preissteigerungen entsprechende Löhne. Bei der Durchsührung dieser Forderung entwickelten sich heftige Kämpfe, die die Kohlenförderung und damit die Kriegsführung erschweren. Zur Vermeidung dieser und auch der anderen durch die Preissteigerung bedingten Schwierigkeiten und aus politischen Rücksichten, wie Versorgung der Häfen und Ordnung der Valuta, wurde im Dezember 1916 das Handelsamt ermächtigt, jederzeit von einem Kohlenbergwerk Besitz zu ergreifen, unter Bedingungen, die erst nachträglich festgelegt werden sollten. Dadurch sahen sich die Grubenbesitzer gezwungen, wenn sie sich nicht entleeren lassen wollten, vernünftige Grenzen einzuhalten. Der Kohlenpreis sank sofort erheblich und er steht heute ungefähr 80 Proz. über dem Friedenspreis. So kostet die Gasfoble von Durham circa 24 Sch. gegenüber 18 vor dem Krieg.

Außerdem aber übernahm der Staat die Regelung des Kohlenhandels. In jedem Bergwerksbezirk sind zwei Ausschüsse errichtet worden, von denen der eine die Zulassen an die Händler regelt, während der andere die Aufträge an die Werke verteilt und die Verbandsbedingungen festsetzt.

Was in Deutschland sich die Befugnis im Kohlenhandel zur Regelung des Abwages und der Preise geschaffen haben, hat in England der Staat getroffen. Es bedeutet dies einen kräftigen Anlauf zur Verstaatlichung des Bergbaues.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Bruttoerträge des Pferde- und Automobilbetriebes betragen im Dezember v. J. 40 648 M. (v. J. 371 136 M.). Die Umsatzsteuern werden wegen des fast eingeschränkten Betriebes bis auf weiteres nicht mehr veröffentlicht, da diese bei den erheblichen Mehrausgaben ohnehin keinen richtigen Maßstab für die Geschäftslage der Gesellschaft abgeben.

Berichtszeitung.

Die Schattenseite eines Arbeitsverhältnisses mit hohem Lohn.

Die Aussicht auf einen Tagelohn von 12 M. und freie Koli veranlaßte einen Schlosser, Weidachung als Eisenarbeiter bei einer Berliner Kaufirma anzunehmen. Die Arbeiten für militärische Zwecke im Kriegsbetrieb, fünf Kilometer hinter der Kampfront, anzuführen hatte. Näheres über die Art der Arbeit war dem Schlosser nicht mitgeteilt worden. Als er nach einer zweitägigen Reise an der Verkaufsstelle anlangte, sah er sich sehr enttäuscht, denn da die Arbeiten unter freiem Himmel und auf nassem Boden ausgeführt werden mußten, war eine Kleidung erforderlich, welche Schutz gegen den Einfluß der Witterung bietet. Besonders war das Tragen langjähriger Stiefeln unerträglich. Der Schlosser belag die notwendige Arbeitskleidung nicht. Die Militärverwaltung ließ ihn deshalb gar nicht anfangen sondern ordnete seine Rückreise an. Durch Klage beim Berliner Gewerbegericht forderte der Schlosser von der Firma 250 M. als Schadenersatz für die Reisezeit sowie für die Nichtauszahlung der Papiere, die er auf der Arbeitsstelle abgegeben und bei der Abreise nicht zurück erhalten hatte. Der Kläger sagt, der Schaden sei ihm durch die Schuld der Firma entstanden, denn wenn ihm gesagt worden wäre, welcher Art die Arbeit ist, dann würde er sie nicht angenommen haben. Dagegen beruft sich die Firma auf den vom Kläger unterschriebenen Arbeitsvertrag, worin bemerkt ist, daß es sich um Stellungsarbeiten fünf Kilometer hinter der Kampfront handelt. Hieraus habe der Kläger (der behauptet, den Vertrag unbedenken unterzeichnet zu haben) sehen müssen, daß er nicht in einer Werkstatt oder sonst in einem geschützten Raum beschäftigt werden würde. — Das Gericht verurteilte die Firma zur Rückzahlung von 75 M., da beide Teile ein Verschulden an dem Schaden des Klägers trugen.

Beamtentisch für Politik: Otto Kuntze, Berlin; für den Arbeiter Teil des Blattes: Alfred Schell, Reusdorf; für Industrie: Paul Singer & Co., Dresden; Verlags-Verbandsverleger in Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.
Herga 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.